



UNTERBRINGUNG VON GEFLÜCHTETEN IN „HAMBURG-ELBSTEDT“

Ein Planspiel von Stefan Rappenglück



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg

**Unterbringung von Geflüchteten
in „Hamburg-Elbstedt“**

Ein Planspiel von Stefan Rappenglück

Inhalt

Vorwort	3
Einführung in die Methode „Planspiel im Unterricht“	4
Das Planspiel „Die Bezirksversammlung von Elbstedt will entscheiden, wo Flüchtlinge untergebracht werden sollen“	6
Ablauf des Planspiels	6
1. Phase: Einleitung	6
2. Phase: Die eigentliche Politiksimulation	7
3. Phase: 1. In der Rolle	7
2. Reflexion über die Position und den Ablauf des Planspiels	7
Spielleitung	8
Zeitplan	8
Phase I, Phase II, Phase III, Phase IV, Phase V	
Die Hamburger Wirklichkeit – Basisinformationen	10
Hamburgs politische und Verwaltungsstruktur	
Verfahren bis zur Inbetriebnahme von neuen Unterkünften	
Szenario	15
Rollenübersicht (36 Rollen möglich)	16
Mitglieder der Bezirksversammlung: Vorsitzende/r der Bezirksversammlung, Stellvertreter/in, Mitglieder der Fraktionen; Presse; Bürgerinnen und Bürger; Flüchtlingsvertreter/in	
Rollenbeschreibungen	19
Porträt jedes Mitglieds der Bezirksversammlung	
Literatur- und Materialhinweise	62
Autor	63

Vorwort

Die erste Aufgabe politischer Bildung ist es, die Menschen in unserem Gemeinwesen zu ermutigen, sich für politisch-gesellschaftliche Prozesse zu interessieren, sich eine Meinung zu diesen zu bilden und – wenn sie dies möchten –, gestaltend an diesen Prozessen mitzuwirken. Partizipation – Beteiligung – bedeutet dabei auch, das den Bürgerinnen und Bürgern verbriefte Wahlrecht auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene sowie in Europa auszuüben. Für Hamburg heißt dies: die Bezirksversammlungen und die Hamburgische Bürgerschaft mit zu wählen. Formen direkter Demokratie ermöglichen darüber hinaus ganz unmittelbare Beteiligungsformen an politischen Einzelfragen und Prozessen.

Die Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft, aber auch die der Bezirksversammlungen sind öffentlich für das Publikum. Alle Hamburgerinnen und Hamburger können unter Beachtung bestimmter Regeln als Zuschauende daran teilnehmen. Mitdiskutieren und mitstimmen können sie jedoch nicht.

Um Abläufe politischer Entscheidungsprozesse aktiv nachvollziehen zu können, sind Planspiele eine aus der politischen Bildung und aus der Demokratiebildung in Schule nicht mehr wegzudenkende Methode. Gerade Themen, die die Menschen sehr direkt, mitten in ihrem Stadtteil und vor ihrer Haustür betreffen, lassen sich durch Planspiele leicht nachvollziehen. Planspiele sind ein temporär gelebter, fiktiver Diskurs – vielleicht ist gerade dies Teil des Erfolges dieses Formates politischer Bildung. Die Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg hat daher Prof. Dr. Stefan Rappenglück, HAW München, gebeten, das vorliegende Planspiel zu entwickeln. Die Bezirksversammlung des fiktiven Hamburger Bezirks „Elbstedt“, berät über eine grundlegende Veränderung vor Ort: die Ansiedlung einer Aufnahmeeinrichtung für vor Bürgerkrieg und Verfolgung in der Heimat geflüchteten Menschen. Das Planspiel lässt diesen Prozess der Entscheidungsfindung deutlich werden, er ermöglicht das fiktive „Mitwirken“ an einer Debatte.

Herzlicher Dank gebührt dem Entwickler, Stefan Rappenglück, sowie neben vielen anderen Beteiligten v. a. Prof. Dr. Tilman Grammes, Universität Hamburg, für seine Beratung der Landeszentrale und den Test des Planspiels mit seinem Team und seinen Studierenden.

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann
Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung

Einführung

Im Wort „Planspiel“ kommen bereits zwei wichtige Strukturmerkmale der Methode **Spiele**n und **Handeln** nach einen „Plan“ zum Ausdruck.

So finden im Plan-*Spiel* gemeinsame Handlungen (Spielzüge), Kommunikation, Teamwork, aber auch Wettbewerb zwischen den einzelnen Teilnehmenden statt.

Die Methode umfasst vier grundlegende Elemente:

Nachbildung und Analyse von Systemabläufen, Durchspielen von Szenarien

Übernahme von Rollen – Interaktion und Kommunikation von Personen

Mensch als „homo ludens“ – Spiel ist eine fundamentale menschliche Errungenschaft

Plan und Regeln

Der handlungsorientierte Ansatz der Simulation – das direkte Erleben von politischen Entscheidungsprozessen und Institutionalisierungsvorgängen – soll zu einem besseren Verständnis für Politikprozesse und Strukturen führen. Die Teilnehmenden lernen Entscheidungsabläufe und Politikfelder kennen; „Politik“ wird für die beteiligten Personen greifbarer und ein wenig durchschaubarer. Dadurch soll ein Bezug zwischen ihrer Alltagswelt und dem politischen Prozess geschaffen werden.

Kurzbeschreibung:

Anhand eines Szenarios und vorgegebener fiktiver Rollenprofile versuchen die Teilnehmenden, eine Lösung für die gestellte Kontroverse zu finden. Sie schlüpfen in unterschiedliche Rollen und vertreten dabei vorgegebene Positionen, die sie aber selbst ausfüllen und weiterführen können. Ziel ist, dass die Teilnehmenden sich selbst als Handelnde erfahren und sich in Bezug zu ihrer Rolle positionieren können. Durch die Rollenprofile sollen spielerisch wesentliche Positionen der Integrationsdebatte, deren Begründungen und Grenzen vermittelt werden. Gleichzeitig vertiefen die Teilnehmenden durch die Diskussion selbstständig die Argumente und Positionen. Ein weiterer Effekt ist die Vermittlung von politischen Basiskompetenzen wie z. B. die Fähigkeit, Standpunkte zu formulieren und diese dann auch zu vertreten.

Simulationen ermöglichen komplexe handlungs- und erfahrungsorientierte Lernerfahrungen, wie inhaltlich-fachliches Wissen (Wissen, Verstehen, Erkennen, Urteilen), methodisch-strategisches Lernen (z. B. Strukturieren, Entscheiden) oder sozial-kommunikatives Lernen (z. B. Zuhören, Argumentieren, Moderieren, Umgang mit Regeln, Fähigkeit zum Perspektivenwechsel).

Inhalt des vorliegenden Planspiels „Flüchtlings-Unterbringung in Hamburg-Elbstedt“ ist die politische Auseinandersetzung um Asyl, Flucht und Integrationskonzepte von Kommunen am Beispiel eines fiktiven Stadtteils mit fiktiven Parteien.

Speziell werden folgende Themen und Zielsetzungen angesprochen:

Zuweisung/Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden in Hamburg

Sensibilisierung für Fragen zu Migration, Flucht und Asyl

Darstellung der Diskursverläufe und Konfliktlinien innerhalb der Debatten

Sensibilisierung und Förderung der politischen Partizipation

Vermittlung der Unterbringung und Asylprozesse.

Notwendige Unterlagen und Vorbereitung:

Rollenprofile für alle Teilnehmenden,
Stellwände/Flipcharts
und evtl. zwei Digitalkameras für die Presse.
Genügend Räume für die Arbeitsgruppen.

Besonderes Augenmerk sollte bei Planspielen dem Setting gewidmet werden. Je „glaubwürdiger“ die Spielumgebung gestaltet ist, desto leichter fällt es den Spielenden, in ihre Rollen zu finden. So können beispielsweise Namensschilder und Sitzungsmaterial wie z. B. eine Tagungsglocke aufgestellt sowie Plakate mit Einladungen aufgehängt werden.



Das Planspiel

Der konstruierte Konflikt dreht sich im Planspiel um die **Unterbringung von Flüchtlingen** als einem der zentralen Punkte in der **Zuwanderungsdiskussion**. In Frage steht, wie und in welcher Anzahl Flüchtlinge verteilt werden und wie dieser Prozess in der Nachbarschaft modelliert wird.

Die abgebildeten Positionen reichen von der Überlegung, dass Flüchtlinge bei der Form der Unterbringung möglichst breit berücksichtigt werden sollen, bis hin zur Ablehnung von Flüchtlingsunterkünften. Dazwischen sind exemplarisch unterschiedliche Positionen vertreten.

Ferner können „normale“ Bürgerinnen und Bürger mit oder ohne vorgefasster Meinung an der Bezirks- und der Bürgerversammlung teilnehmen. Beim Einsatz der Bürgerrollen ohne vorgefasste Meinung erhöht sich die Spieldynamik. Allerdings ist der Einsatz nur dann sinnvoll, wenn in der Gruppe nicht bereits ein deutliches Meinungsbild vorherrscht, da sonst die Spieldynamik verloren geht.

Alle Teilnehmenden erhalten das Szenario, eine kurze Zusammenfassung über den Ablauf und die Rechte und Pflichten einer Bezirks- bzw. Bürgerversammlung sowie sein spezifisches Rollenprofil mit den Informationen über die zugehörigen Gruppen; die Presse erhält zusätzlich die Information über die verschiedenen beteiligten Gruppen und Parteien.

Das Planspiel besteht aus den drei Phasen: **Einführung – Simulation – Auswertung**. Die Simulation ist geprägt durch einen Wechsel von Kleingruppenarbeit in den Ausschüssen und der Debatte in der Bezirksversammlung.

Aufbau des Planspiels

1. Phase: Einleitung

Hier erfahren die Teilnehmenden Grundsätzliches zur Methode, dem Szenario, dem Ablauf der Simulation und der bevorstehenden Übernahme von Rollen. Den Teilnehmenden wird vermittelt, welche **Aufgaben** sie **während des Spiels** haben und was das **Ziel der Methode** ist. Es ist wichtig, von Anfang an zu betonen, dass es Rollen sind, die die Teilnehmenden übernehmen, und dass die Argumentation in der Regel nicht ihrer realen Position entspricht. Ebenso sollte deutlich werden, dass es bei Planspielen kein „richtig oder falsch“ gibt, sondern dass das Ergebnis komplett in der Verantwortung der Teilnehmenden liegt und dass **die Teilnehmenden frei sind, ihre Rolle zu gestalten und weiterzuentwickeln**. Die Rollen stellen keine abgeschlossene Position dar, sondern dienen lediglich als mehr oder weniger ausführlicher Anhaltspunkt für die jeweiligen Charaktere. Was nicht in den Rollen vorgegeben ist, können die Teilnehmenden selbst nach Belieben ausfüllen.

Je nach Vorwissen der Gruppe folgt dann eine mehr oder weniger ausführliche **Einführung in die Regeln der Versammlung** und die verschiedenen Möglichkeiten, sich einzubringen.

Anschließend werden die **Rollen mit fiktiven Namen vergeben**. Es bietet sich in der Regel an, die Rollen zu verlosen. Pro- und Kontrapositionen sollten gleichmäßig verteilt werden, damit sich eine entsprechende Spieldynamik entwickeln kann und das Ergebnis nicht schon zu Beginn vorbestimmt wird.

Die Rolle der Vorsitzenden/des Vorsitzenden der Bezirksversammlung sollte jedoch aufgrund der besonderen Funktion im Rahmen der Simula-

tion frei gewählt bzw. auf Zuruf bewusst zugewiesen werden.

Es muss darauf geachtet werden, dass Betroffene **nicht sich selbst spielen**. So sollten Migrantinnen und Migranten nicht die Rolle von Zuwanderern oder auch starker Befürworter der Vorschläge einnehmen, um zu starke persönliche Betroffenheit zu vermeiden. Ab sofort sprechen sich die Teilnehmenden der Simulation nur noch mit ihren fiktiven Namen an.

Danach haben die Teilnehmenden **Zeit, sich in ihre Rollen einzulesen** und sich eine Strategie zu überlegen. Dazu können sie sich auch schon **in Gruppen treffen**. Es sollte aber darauf geachtet werden, dass diese Kommunikation schon in den Rollen erfolgt und die Spielenden sich nicht gegenseitig ihre Rollen zeigen, denn sonst geht ein großes Maß an Spielwitz verloren.

Gleichzeitig wird durch die **Spieleitung** (s. u.) die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende der Bezirksversammlung auf deren bzw. dessen Funktion im Rahmen der Simulation eingewiesen, um evtl. Unsicherheiten und Ängste zu kompensieren und eine gerechte Ausübung der Leitung zu garantieren. Es werden nochmals die Verfahrensregeln und die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, erläutert.

2. Phase: Die eigentliche Politiksimulation

Die Teilnehmenden versammeln sich im Sitzungssaal und **die Sitzungsleitung eröffnet die Versammlung**.

Sie bittet die Mitspielenden, sich bei ihren Beiträgen zunächst vorzustellen, damit **die anderen die Charaktere kennenlernen**.

Anschließend werden die Positionen dargelegt und die Diskussion darüber eröffnet. Die Teilneh-

menden loten die anderen Positionen aus und suchen Übereinstimmungs- und Differenzpunkte für evtl. Kompromisse und bilaterale Verhandlungen zur Mehrheitsbeschaffung.

Nach einer ersten Runde wird die Sitzung unterbrochen und die Spielenden treffen sich in selbst organisierten **Arbeitsgruppen**, um Anträge zu formulieren und auszuhandeln.

In einer **zweiten Sitzung** werden diese vorgestellt und diskutiert. Anschließend können Änderungsanträge eingebracht werden. Schließlich wird abgestimmt, das Ergebnis bekannt gegeben und die Sitzung geschlossen.

3. Phase: Die Auswertung

Die Auswertung ist **integrierter Bestandteil des Planspiels** und ihr sollte ausreichend Zeit gewidmet werden. Sie hat im Wesentlichen die Funktion, das Erlebte zu **reflektieren** und die gewonnenen Erlebnisse zu verstetigen und schließlich die Spielenden aus der Rolle zu führen.

Die Auswertung kann zunächst, wie bei der Übung „Here I Stand“, mit Hilfe des Meinungsbarometers erfolgen und hat zwei Stufen:

1. In der Rolle

Die Teilnehmenden werden gebeten, in der Rolle zu bleiben und sich bezüglich folgender Fragen zu platzieren:

Wie zufrieden bist du mit dem Ergebnis?

Wie zufrieden bist du mit dem Verlauf?

Anschließend werden die Teilnehmenden gebeten, ihre Rollen zu verlassen. Dies kann auch durch verschiedene Symboliken unterstützt werden, beispielsweise durch kollektives Abnehmen des „Rollenhutes“. Eine Pause von mindestens fünf Minuten ist ebenso sehr sinnvoll.

Erfahrungsgemäß kann ein Planspiel sehr anstrengend und auch emotional sein.

2. Reflexion über die Positionen und den Ablauf des Planspiels

In der anschließenden Auswertungsrunde sollte die Frage nach den verschiedenen Integrationskonzepten im Vordergrund stehen. Dabei soll beleuchtet werden, wie das Verhältnis zwischen Zugewanderten und aufnehmender Gesellschaft gestaltet wird, welche Machtverhältnisse vorliegen, was die Vor- und Nachteile der verschiedenen Konzepte sind und welche Implikationen sich daraus für das Zusammenleben ergeben.

Spielleitung

Die Simulation sollten von zwei Personen angeleitet und durchgeführt werden. In ihren Händen liegt die Vorbereitung und Durchführung, aber vor allem die Evaluation der Simulation.

Es ist außerordentlich wichtig, dass sich die Seminarleitung während des Spiels zurückhält und nur sehr mäßig in das Spiel eingreift, wenn es nötig werden sollte. **Am besten gibt sich die Seminarleitung dazu selbst eine Rolle**, wie beispielsweise die der Bezirksamtsleiterin oder des Bezirksamtsleiters, sollte eine verstärkte Steuerung notwendig sein. Keinesfalls sollten die Simulation für Erläuterungen oder Korrekturen unterbrochen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerhalb ihrer Rolle angesprochen werden. Dies würde die Spieldynamik extrem stören. Lediglich, wenn die Integrität der Teilnehmenden als Person angegriffen wird, sollte hier interveniert werden.

Zeitplan

Phase I Vorbereitung (maximal 60 Minuten)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden zunächst durch die Leitung über **Methodik und Ablauf des Planspiels, die Ausgangslage, die beteiligten Rollen** sowie die **zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten** informiert. Die Einführung wird abgerundet durch einen kurzen Impuls über **die Funktion einer Bezirksversammlung**.

Anschließend werden durch die Spielleitung das Szenario erläutert (Ausgangslage: immer größere Zuweisung von Flüchtlingen/Asylbewerbern stößt auf immer mehr Unverständnis bzw. Ablehnung bei den Anwohnenden) und die Rollen verteilt. **Die Einarbeitung in die Rollen beginnt**. Die Teilnehmenden bereiten die Präsentation der eigenen Rolle in der Bürgerversammlung in Hamburg-Elbstedt und Entwicklung von Ideen zur Durchsetzung des Standpunkts (15 Minuten) vor.

Während dieser Phase steht die Spielleitung zur Einarbeitung und Beratung der einzelnen Gruppen zur Verfügung.



Phase II Bezirksversammlung (ca. 90 Minuten)

Individuelle Vorstellung (max. 3 Minuten) und **anschließende Diskussion** der Standpunkte

Phase III Gruppenphase (30–45 Minuten, je nach Gruppengröße)

Sitzungsunterbrechung und **Suche nach möglichen Koalitionspartnern** (15 Minuten)

Besprechung von Strategien und Methoden zum gemeinsamen Erreichen des Ziels, **Erarbeitung von Anträgen** (15 Minuten)

Phase IV Fortsetzung (insgesamt 45 Minuten)

Präsentation der gemeinsamen Arbeitsergebnisse bzw. Anträge

Konkretisierung/Entscheidung des Zentralen Koordinierungstabs Flüchtlinge im Auftrag der Innenbehörde (Erstaufnahmen) oder der Sozialbehörde (Folgeunterkünfte)

Phase V Reflexion (60 Minuten)

Eine **ausführliche Reflexion** in Hinblick auf den **Gruppenprozess** und den **Transfer für den Alltag** schließt das Planspiel ab.

In der Auswertung erfolgt zum einem eine mündliche oder schriftliche Evaluation der Planspiel-erfahrung, zum anderen wird das Ergebnis des Spielprozesses mit der Realität gespiegelt.

Die Konzeption des Planspiels ermöglicht es, einzelne Abschnitte zeitlich zu straffen oder auszuweiten, sodass auf die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Teilnehmenden (z. B. Wunsch nach längerer Beratungszeit und Pausen für informelle Gespräche) reagiert werden kann.

**Gesamtspieldauer:
180 Minuten für Simulation
45 bis 60 Minuten für Evaluation**



Die Hamburger Wirklichkeit

Basisinfo 1

Hamburgs politische und Verwaltungsstruktur

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist in sieben Bezirke aufgeteilt. In jedem Bezirk gibt es ein Bezirksamt, dem ein/e Bezirksamtsleiter/in vorsteht.

Die Bezirksamter erledigen ortsnahe Verwaltungsaufgaben (...). In jedem Bezirk wählen die Bürgerinnen und Bürger eine Bezirksversammlung, die die Arbeit des Bezirksamtes kontrolliert. (...)

Bei jedem Bezirksamt gibt es eine Bezirksversammlung. Sie wird von den Einwohnern des Bezirkes gewählt. Über diese Bezirksversammlung wirkt so die Bevölkerung an den Angelegenheiten des Bezirkes mit.

Quelle: www.hamburg.de/grundlagen-bezirke



Basisinfo 2

Verfahren bis zur Inbetriebnahme neuer Unterkünfte

(Zahlen und Angaben vom 31. Juli 2016)

Hamburg verfügt gegenwärtig über rund 38 000 Plätze zur Unterbringung geflüchteter Menschen. Über alle Standorte gibt der Senat transparent Auskunft. Im Jahr 2015 wurden 28 zentrale Erstaufnahmeeinrichtungen mit insgesamt 18 222 Plätzen und 25 öffentlich-rechtliche Unterbringungen (Folgeunterkünfte) mit insgesamt 6256 Plätzen neu geschaffen. 22 der in 2015 neu geschaffenen 43 Standorte hatten 250 oder weniger Plätze.

Hamburg geht davon aus, dass 2016 bundesweit 1,5 Millionen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland Schutz vor Krieg, Terror, Gewalt und Verfolgung suchen werden. Grundlage der Unterkunftsplanung ist die Annahme, dass monatlich 3000 neu in Hamburg angekommene Menschen bleiben und unterzubringen sind. Daneben gibt es Menschen, die bisher etwa bei Bekannten gelebt haben oder die minderjährig und daher gesondert untergebracht waren und nun als Erwachsene regulär in Folgeunterkünften unterzubringen sind. Ferner gehören dazu auch diejenigen, die aufgrund von Familienzusammenführungen in Hamburg zu versorgen sind.

Reduziert wird diese Zahl durch Menschen, die Hamburg aus verschiedenen Gründen verlassen, die in einer privaten Unterkunft unterkommen oder – freiwillig oder erzwungen – in ihre Heimat zurückkehren. Diese Faktoren führen – über das Jahr verteilt – in der Prognose zu einer Reduzierung der neu unterzubringenden Asylsuchenden um 4500 Personen.

Netto wird daher im Jahr 2016 ein Zugang in Höhe von 31 500 Menschen erwartet. Die Zahl der tatsächlich vorzuhaltenden Plätze muss höher ausfallen, da erfahrungsgemäß stets und unvermeidlich 5–10 Prozent der vorhandenen Plätze nicht belegt werden können. Bei der Unterbringung einer dreiköpfigen Familie in einer Wohnung oder Unterbringung für vier Menschen etwa kann in Einzelfällen der vierte Platz nicht durch eine fremde Person belegt werden. Auch Krankheiten wie zum Beispiel Mumps oder Masern können zeitlich begrenzt dazu führen, dass Unterkunftsplätze nicht belegt werden können. Gleiches gilt, wenn Unterkünfte oder Teile davon renoviert werden müssen oder notwendige Reparaturen eine Belegung von Plätzen zeitweise verhindern. Auch der Ersatz von Unterkünften wie ehemaligen Baumärkten ist Teil der Prognose. Außerdem werden auch Zusatzkapazitäten benötigt, um Schutzsuchende aufzunehmen, die sich in Hamburg angemeldet haben, aber später entweder eigenständig weiterreisen oder auf andere Bundesländer verteilt werden.

Hamburg will auch weiterhin eine Vielfalt an verschiedenen Unterkünften und Standortgrößen vorhalten. Große Einrichtungen helfen, den dringenden Platzbedarf zu decken, und bieten Synergieeffekte bei Planung, Erschließung, Bauantrags- und Genehmigungsverfahren, der Baulogistik sowie beim Betrieb der Einrichtung. Die Voraussetzungen für die Realisierung eines Standortes können schwierig sein. Das beginnt mit ungeeignetem Baugrund und endet bei anspruchsvollen, komplizierten und gründlich zu führenden Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren. Diese Herausforderungen nehmen zu, wenn eine Anzahl von kleinen Standorten alternativ zu einem großen Standort hergerichtet werden müssen. Über das Suchen und Finden

geeigneter Flächen informieren wir unten ausführlich.

Kleine Einrichtungen unterstützen den Ansatz, möglichst viele Stadtteile über das gesamte Stadtgebiet verteilt in die Versorgung von Schutzsuchenden einzubinden („gleichmäßige Verteilung“). Nach einer Inbetriebnahme auch von größeren Einrichtungen (wie zum Beispiel in der Berzeliusstraße) stellt sich häufig heraus, dass auch hier gute Erfahrungen gemacht werden. Würde man bei 40 000 erforderlichen Plätzen im Jahr 2016 wie gefordert Standorte mit 250 (oder 500) Plätzen je Einrichtung zu Grunde legen, müssten 160 (bzw. 80) Standorte in einem Jahr identifiziert und hergerichtet werden. Das ist weder planerisch noch technisch möglich. So deckten im Jahr 2015 die 22 neuen kleinen Einrichtungen bis 250 Plätze (Anteil 42 Prozent) mit 3648 Plätzen nur rund 15 Prozent der 24 478 insgesamt neu geschaffenen Plätze in 53 Einrichtungen ab. Ohne große Einrichtungen hätte der Platzbedarf nicht abgedeckt werden können, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Suche nach neuen Standorten

Flächen und Gebäude, die für die Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen in der Folgeunterbringung grundsätzlich geeignet sind, werden der Sozialbehörde von den sieben Hamburger Bezirksämtern, anderen Behörden, Hausbesitzenden sowie engagierten Bürger/innen gemeldet.

Im Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge gibt es Mitarbeitende, die jedes einzelne Grundstück oder Gebäude prüfen und in Standortkonferenzen Entscheidungsvorlagen vorbereiten. An diesen Standortkonferenzen nehmen Verwaltungsmitarbeitende der Bezirksämter teil.

Privater Wohnraum für Flüchtlinge

Die Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen ist primär eine staatliche Aufgabe. Eine private Unterbringung ist jedoch unter bestimmten Bedingungen möglich.

Unterkünfte mit der Perspektive Wohnen

Der Senat hat am 6. Oktober 2015 ein Konzept zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften mit der Perspektive Wohnen beschlossen.

Entscheidungen der Lenkungsgruppe

Nach Feststellung der grundsätzlichen Verfügbarkeit und Eignung sowie einer ersten Detailplanung und der Erarbeitung einer Strukturplanung wird die Fläche/das Gebäude in die Lenkungsgruppe eingebracht, die wiederum entscheidet, ob die Fläche/das Gebäude tatsächlich genutzt werden kann und soll.

In der Lenkungsgruppe werden die Beschlüsse einstimmig gefasst. Der übergeordneten Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird anschließend berichtet. In Einzelfällen könnte auch hier über die Flächennutzen entschieden werden, sofern zuvor kein Einvernehmen hergestellt werden konnte.

In der Lenkungsgruppe sind vertreten: Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), Behörde für Inneres und Sport (BIS), Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), Finanzbehörde, Senatskanzlei, der Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF), die sieben Bezirksämter, der Landesbetrieb Immobili-

enmanagement und Grundvermögen, der Landesbetrieb Erziehung und Beratung sowie f & w fördern und wohnen AöR – also alle Hamburger Institutionen, die mit dem Thema Flächennutzung (Wohnungsbau, Landschaft, Immobilienverwaltung usw.) beschäftigt sind.

In der Lenkungsgruppe sind Staatsräte und Bezirksamtsleiter/innen vertreten. Die Lenkungsgruppe wird geleitet von den Staatsräten der BASFI und der BIS. Hier werden die Entscheidungen getroffen, welche Standorte ausgeweitet werden (können) und welche Flächen/Gebäude neu für die öffentliche Unterbringung genutzt werden (können) – oder nicht. Die Lenkungsgruppe wird fortlaufend über den Stand der Umsetzungen bezüglich der beschlossenen Standorte informiert.

Anhörung in den Bezirken

Nach einer (tatsächlichen) positiven Entscheidung wird diejenige Bezirksversammlung zur Abgabe einer Stellungnahme gebeten, in deren Gebiet eine Einrichtung erweitert oder neu entstehen soll (Anhörungsverfahren nach Paragraph 28 Bezirksverwaltungsgesetz).

Anschließend finden Informationsveranstaltungen vor Ort statt. Der Input aus der Bevölkerung fließt in die Meinungsbildung der Bezirkspolitik ein, die sich wiederum in der Stellungnahme der Bezirksversammlung an die Sozialbehörde widerspiegelt.

Die bis dato vorgelegte Strukturplanung wird – unter Berücksichtigung der bezirklichen Stellungnahme – vom Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge im Auftrag der Innenbehörde (Erstaufnahmen) oder der Sozialbehörde (Folgeunterkünfte) konkretisiert und ein Bauantrag gestellt, über den das Bezirksamt entscheidet. Dabei

wird die Einhaltung der bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Vorschriften wie bei einem privaten Bauvorhaben geprüft. Gegebenenfalls werden die betroffenen Nachbar/innen im Verfahren angehört. Nach Erteilung der Baugenehmigung wird gebaut (sofern nicht Gerichtsverfahren anhängig sind, die für eine Bauverzögerung sorgen).

Der starke Anstieg der nach Hamburg kommenden Flüchtlinge hat dazu geführt, dass Beteiligungsverfahren auch parallel zur Einrichtung neuer Standorte durchgeführt werden. Dies ist unter Anwendung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes zulässig, weil eine verspätete Inbetriebnahme einer neuen Unterkunft ein Risiko für drohende unfreiwillige Obdachlosigkeit darstellt.

Ziel des Senats ist es, eine Unterbringung von Geflüchteten in Zelten weitgehend zu vermeiden.



Kriterien für die Prüfung von Standorten

Bei der Suche und Prüfung geeigneter Standorte werden grundsätzlich neben zeitlichen und wirtschaftlichen Aspekten auch soziale Aspekte wie die Sozialverträglichkeit betrachtet und abgewogen.

Unter anderem werden folgende Kriterien in die Bewertung der Eignung einbezogen:

- Verfügbarkeit der Fläche und Dauer der Verfügbarkeit,
- Bodenbeschaffenheit und -belastung,
- Eignung für die Aufstellung von Pavillons/ Wohncontainern/Gebäuden,
- Beachtung von Lärmbelastung und Störfallkreisen,
- Anbindung an Sied- und Trinkwasserleitungen,
- soziale Struktur des Stadtteils oder des Sozialraumes,
- Anbindung an den ÖPNV,
- Entfernung zu Einkaufsmöglichkeiten und weitere Infrastruktur

- bau- und naturschutzrechtliche Vorgaben (Bebauungsplan, BauNVO, HBauO, Bundesnaturschutzgesetz, Baumschutzverordnung etc.).

Nicht selten mussten Standortprüfungen aufgrund von Interessenkonflikten (zum Beispiel Wohnungsbau, Gewerbe, Naturschutz, Hochwasserschutz etc.) aufgegeben werden. Das erschwert die gleichmäßige Verteilung der Unterkünfte auf das gesamte Stadtgebiet.

Nicht geeignete Flächen/Standorte

Das Angebot an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten im Stadtstaat Hamburg ist begrenzt. Viele Flächen sind für andere Zwecke vorgesehen (zum Beispiel Wohnungsbau) oder eignen sich aus planungs- oder umweltrechtlichen Gründen nicht.

(...)

Quelle: www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung/4334088/unterbringung



Szenario

Aufgrund der Bürgerkriegszustände in weiten Teilen der Welt, besonders im Nahen Osten, nimmt die Zahl der Flüchtlinge und Asylbegehrenden in Deutschland dramatisch zu. Dabei entsteht ein massiver Handlungsbedarf für Bund, Länder und Städte. Auch Hamburg ist hiervon massiv betroffen. Nach dem Königsteiner Schlüssel ist Hamburg verpflichtet, 2,5 % aller Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Für die große Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge müssen dringend neue Unterkünfte realisiert bzw. bereits bestehende Einrichtungen erweitert werden.

Prognosen der Stadt gehen von der Annahme aus, dass im Jahr 2016 bundesweit ca. 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden. Für Hamburg wird mit einem Zugang von 31 500 Menschen im Jahr 2016 gerechnet. Jedoch muss die Zahl der tatsächlich vorzuhaltenden Plätze höher ausfallen. Denn erfahrungsgemäß werden 5–10 Prozent der vorhandenen Plätze nicht belegt werden können und Zusatzkapazitäten benötigt werden, um Schutzsuchende aufzunehmen, die sich in Hamburg angemeldet haben, aber später entweder selber weiterreisen oder auf andere Bundesländer verteilt werden.

Die Stadt will weiterhin am Konzept der verschiedenen Unterbringungsvarianten und Unterbringungsgrößen festhalten. Kleinere Einrichtungen ermöglichen vor allem die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge in möglichst vielen Stadtteilen im Stadtgebiet.

Dennoch sind auch große Einrichtungen notwendig. Denn würde man zur Realisierung der allein 40 000 erforderlichen Plätze im Jahre 2016 kleinere Standorte mit 250 (oder 500) Plätzen vorsehen, müssten 160 (bzw. 80) Standorte in einem Jahr gefunden und hergerichtet werden. Das ist weder planerisch noch technisch möglich.

Die Realisierung eines Standortes kann schwierig sein, beispielsweise durch ungeeigneten Baugrund oder durch komplizierte und gründlich zu führende Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren.

Geeignete Flächen und Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Folgeunterbringung werden der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) u. a. von den sieben Hamburger Bezirksämtern gemeldet.

Ausdrückliches Ziel des Senates ist die weitgehende Vermeidung der Unterbringung von Geflüchteten in Zelten.

Im strukturschwachen Stadtbezirk Hamburg-Elbstedt steht ein früheres Hotel zur Verfügung, das eigentlich zu einem dringend benötigten Seniorenzentrum umgebaut werden sollte, nun aber als Folgeunterkunft von Flüchtlingen vorgesehen ist.

Nach dem Bekanntwerden der Pläne durch die lokale Presse rumort es in Hamburg-Elbstedt. Verschiedene Interessengruppen werden aktiv; es werden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die Bezirksversammlung wird zu einer Sondersitzung einberufen, um die Pläne den Anwohnerinnen und Anwohnern näher zu erläutern und gemeinsam darüber zu beraten, wie das Zusammenleben vor Ort gut gestaltet werden kann.

Die Bezirksversammlung wird nach dem Anhörungsverfahren gemäß § 28 des Bezirksverwaltungsgesetzes zur Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Die Innen- und Sozialbehörde berücksichtigen bei Ihrer Entscheidung die Stellungnahme der Bezirksversammlung.

Die anhörende Behörde informiert die Bezirksversammlung nach Abschluss der Planung über das Ergebnis und die Berücksichtigung der Stellungnahme. Über den Bauantrag entscheidet das Bezirksamt.

Rollenprofile in der Bezirksversammlung

Vorsitzende/r der Bezirksversammlung (1)

1 stellv. Vorsitzende/r der Bezirksversammlung (1)

Vertreterinnen und Vertreter von bis zu 6 Fraktionen (insgesamt 25)

PSG – Partei der sozialen Gerechtigkeit (maximal 7)

BVD – Bürgerliche Volkspartei Deutschland (maximal 5)

HAU – Hamburger Alternative Umweltpartei (maximal 4)

FP – Freiheitspartei (maximal 3)

PAW – Partei des anderen Weges (maximal 3)

PBS – Partei für Bildung und Soziales (maximal 3)

Vertreter/in vom Ordnungsamt und der Polizei (1)

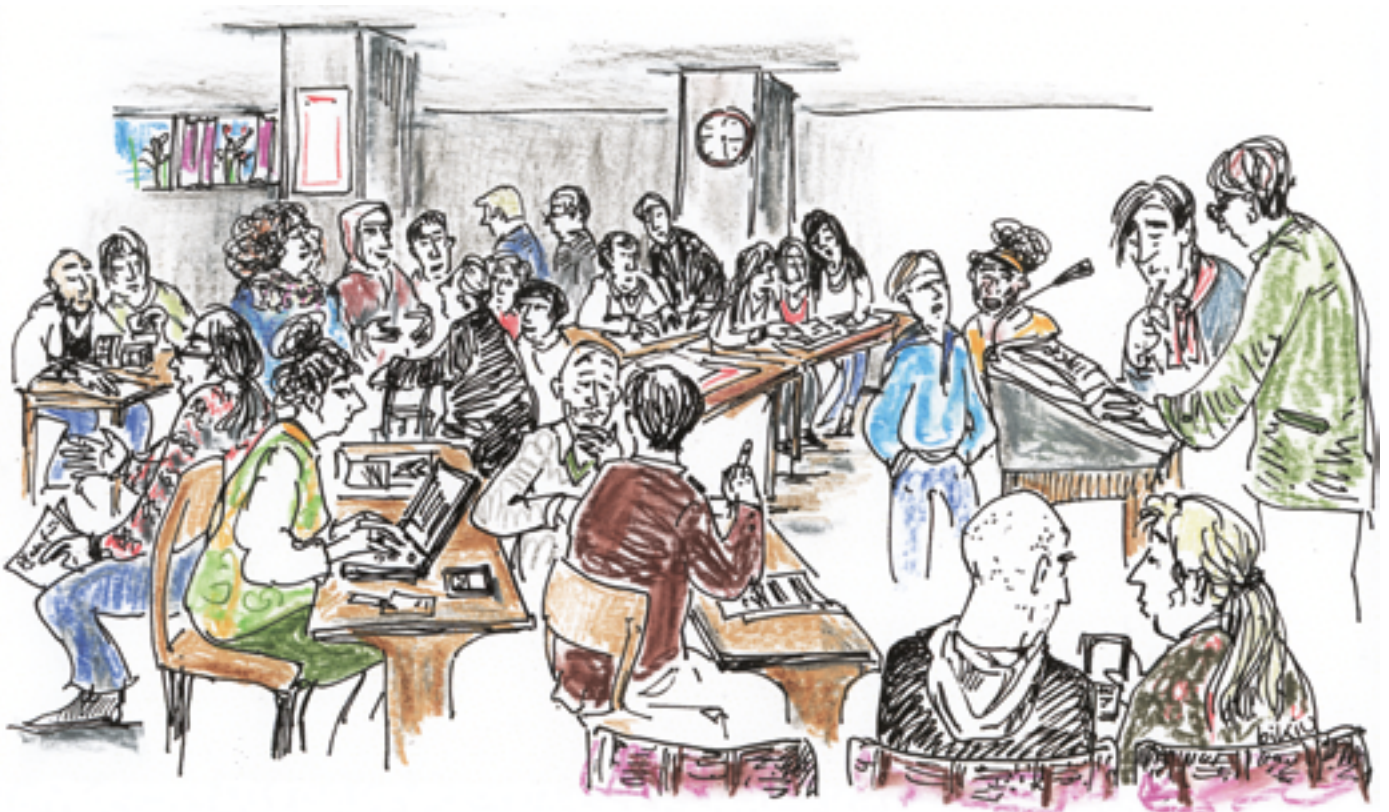
Vertreter/innen von Flüchtlingen (2)

(Unbeteiligte) Zuhörer/innen (maximal 6)

Maximale Anzahl der Rollen: 36

Hinweis zur Rollenübernahme:

Sowohl die Namen der beteiligten Akteur/innen als auch Parteien sind fiktiv.



Mitglieder der Bezirks- versammlung von Hamburg-Elbstedt:

Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein!
Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen, da-
von hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.

Vorsitzende/r der Bezirksversammlung

(parteilos) Frau/Herr Peters

Stellv. Vorsitzende/r der Bezirksversammlung

Frau/Herr Sievers-Jörn



PSG (maximal 7)

Frau/Herr Semmering

(Fraktionsvorsitzende/r)

Frau/Herr Dr. Biller

Frau/Herr Schmelzer

Frau/Herr Börsenkieper

Frau/Herr Schlothausen

Frau/Herr Bedenken

Frau/Herr Grün

HAU (maximal 4)

Frau/ Herr Fischer-Müllerhofer

(Fraktionsvorsitzende/r)

Frau/Herr Schmidt

Frau/Herr Dr. Stein

Frau/Herr Ahzen-Shikrat

FP (maximal 3)

Frau/Herr Simon

(Fraktionsvorsitzende/r)

Frau/Herr Hennig

Frau/Herr Dr. Süsse-Kost

BVD (maximal 5)

Frau/Herr Prof. Dr. Demmermeier

(Fraktionsvorsitzende/r)

Frau/Herr Sven

Frau/Herr Prof. Steiner

Frau/Herr Schmalsporn

Frau/Herr Schneider-Boden

PAW (maximal 3)

Frau/Herr Mandel

(Fraktionsvorsitzende/r)

Frau/Herr Gasse

Frau/Herr Prof. Dr. h.c. Kochel

PBS (maximal 3)

Frau/Herr Frenzen

(Fraktionsvorsitzende/r)

Frau/Herr Bogener

Frau/Herr Prof. Schimmelpfennig



Rollenbeschreibungen

Vorsitzende/r der Bezirksversammlung

Sie sind Frau/Herr Peters, der/die parteilose Vorsitzende/r der Bezirksversammlung Hamburg-Elbstedt.

Als Vorsitzende/r sind Sie für den Zusammenhalt sowie das Außenbild des Bezirks zuständig. Wohlstand und Wohlergehen der Bürger/innen garantieren Ihnen breite Zustimmung. Sie kontrollieren die Verwaltung und kurbeln Meinungsbildungsprozesse im Bezirk an. Dazu steht Ihnen das Mittel der Bezirksversammlung zur Verfügung, die Sie einberufen und zusammen mit Ihrer Stellvertretung leiten.

Sie sollten in der Eröffnungsrede die Problematik noch einmal aufzeigen und auf die Verfahrensregeln hinweisen.

Anschließend bitten Sie die Anwesenden um deren Stellungnahmen. Beachten Sie, dass in einer Bezirksversammlung jede/r angemessen zu Wort kommt.

Angesichts der Pläne zur Errichtung einer großen Sammelunterkunft für Asylbegehrende sorgen Sie sich sehr um das Image des Stadtbezirks. Bereits jetzt ist die Berichterstattung regional wie überregional kontrovers. Als Vorsitzende/r wollen Sie eine einvernehmliche Lösung erreichen. Unruhe können Sie vor der bevorstehenden Neuwahl der Bezirksversammlung nicht gebrauchen. Ihre souveräne Amtsführung wird von den Bürger/innen des Bezirks sehr geschätzt. Mit der Behördenchefin/dem Behördenchef verbindet Sie eine jahrelange Freundschaft.

Ihr Wunsch ist eine einvernehmliche Lösung zum Wohle des Bezirks. Ihnen ist aber auch bewusst, dass hier sehr konträre Positionen aufeinanderprallen. Bemühen Sie sich um einen

Ausgleich und lassen Sie sich nicht die Versammlungsleitung aus den Händen nehmen. Sie sollten versuchen, alle Positionen gleichwertig zu Wort kommen zu lassen. Sollten allzu utopische Vorschläge auf den Tisch kommen, weisen Sie auf die angespannte Haushaltslage des Bezirks hin.

Als Sitzungsleitung haben Sie das Recht, die Bezirksversammlung zu unterbrechen, zu beenden oder eine neue Versammlung einzuberufen.

In Ihren Unterlagen finden Sie eine Kurzeinführung in den Ablauf einer Bezirksversammlung und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Diese hilft Ihnen, den Überblick zu bewahren und strittige Verfahrensfragen zu klären. Zur Unterstützung können Sie ein Mitglied des Leitungsteams zu Ihrer Assistenz machen.

Zu den Aufgaben einer Sitzungsleitung zählen:

- Festlegung der Tagesordnung,
- Genehmigung der Tagesordnung,
- Führen einer Redeliste,
- Berücksichtigung von Geschäftsordnungsanträgen und Sachanträgen,
- zwischenzeitliche Zusammenfassung der Diskussion,
- Durchführung von Abstimmungen,
- Beendigung der Sitzung.

Versuchen Sie, ausgewogen und gerecht zu sein, und denken Sie daran, dass Sie nächstes Jahr wiedergewählt werden wollen. Also gehen Sie freundlich mit Ihren Wählerinnen und Wählern um.

IHR MOTTO:

„Mit mir zum Wohle und Erfolg aller Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Hamburg-Elbstedt“

Die gesetzlichen Bestimmungen in Hamburg

Auszug aus der Bezirks-Satzung:

Einberufung, Geschäftsordnung

(1) Das vorsitzende Mitglied stellt in Abstimmung mit dem stellvertretenden vorsitzenden Mitglied oder mit den stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern die Tagesordnung der Bezirksversammlung auf und beruft die Bezirksversammlung ein. Es leitet die Sitzungen der Bezirksversammlung und übt während der Sitzungen das Hausrecht aus. Auch fraktionslosen Mitgliedern ist eine angemessene Redezeit zuzubilligen.

(2) Die Bezirksversammlung gibt sich und ihren Ausschüssen eine Geschäftsordnung. § 22 Absätze 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 13

Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit

(1) Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse beschließen mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

(2) Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Sie gelten so lange als beschlussfähig, bis ein Mitglied die Beschlussunfähigkeit geltend macht.

§ 14

Öffentlichkeit

(1) Die Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse sind öffentlich.

(2) Die Öffentlichkeit kann durch Beschluss bei einzelnen Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, soweit gesetzliche Vorschriften, überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner dies erfordern. Über einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit ist in nichtöffentlicher Verhandlung zu beraten und zu beschließen.

(3) Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse können den Einwohnerinnen und Einwohnern in ihren öffentlichen Sitzungen Gelegenheit geben, an die Mitglieder Fragen zum Gegenstand der Beratungen zu stellen.

§ 28

Anhörungsrecht bei Standortentscheidungen

Vor der Entscheidung des Senats oder einer Fachbehörde über die Ansiedlung, Schließung oder wesentliche Veränderung nachfolgender Einrichtungen ist die örtlich zuständige Bezirksversammlung anzuhören, sofern die Entscheidung für den Bezirk oder einen wesentlichen Teil des Bezirks von Bedeutung ist:

1. Einrichtungen der Jugendhilfe, soweit sie nicht rechtlich selbständig sind,

2. (...)

9. öffentliche Unterbringungen von Zuwanderern und Wohnungslosen,

10. (...)

Die Anhörungsfrist beträgt mindestens einen Monat. Der Senat oder die Fachbehörde berücksichtigen bei ihrer Entscheidung die Stellungnahme der Bezirksversammlung. Die anhörende Behörde informiert die Bezirksversammlung nach Abschluss der Planung über das Ergebnis und die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Quelle: **Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG)**
vom 6. Juli 2006; HmbGVBl. 2006, S. 404
(www.hamburg.de/grundlagen-bezirke)

Meine Ideen zur Rolle



Rollenprofil

Stellvertretende/r Vorsitzende/r der Bezirksversammlung

Sie sind Frau/Herr Sievers-Jörn, die/der partei-lose stellvertretende Vorsitzende/r der Bezirksversammlung von Hamburg-Elbstedt. Angesichts einer zunehmend emotionell geführten Debatte zur Gemeinschaftsunterkunft für Asylbegehrende sorgen Sie sich sehr um das Image des Bezirks. Bereits jetzt ist die Berichterstattung regional wie überregional kontrovers. Als Teil der Bezirksversammlung sind Sie an einer einvernehmlichen Lösung interessiert. Unruhe können Sie vor den bevorstehenden Bezirkswahlen nicht gebrauchen. Ihre souveräne Amtsführung wird von den Bürger/innen des Bezirks geschätzt.

Als stellvertretende/r Vorsitzende/r der Bezirksversammlung sind Sie für den Zusammenhalt sowie das Außenbild des Bezirks zuständig. Wohlstand und Wohlergehen der Bürger/innen garantieren Ihnen breite Zustimmung. Sie koordinieren die Verwaltung und kurbeln Meinungsbildungsprozesse in der Stadt an. Hierzu steht den Vorsitzenden das Mittel der Bezirksversammlung zur Verfügung, die Sie unterstützend leiten. Sie haben den Blick auf die Geschäftsordnung: formale Einberufung, Begrüßung, Darstellung des Themas, Stellungnahmen der Betroffenen, Aussprache und Diskussion, Verabschiedung.

IHR MOTTO:

„Für beständige Werte und Erfolg
unseres Bezirks“

Meine Ideen zur Rolle

Die gesetzlichen Bestimmungen in Hamburg

Einberufung, Geschäftsordnung

(1) Das vorsitzende Mitglied stellt in Abstimmung mit dem stellvertretenden vorsitzenden Mitglied oder mit den stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern die Tagesordnung der Bezirksversammlung auf und beruft die Bezirksversammlung ein. Es leitet die Sitzungen der Bezirksversammlung und übt während der Sitzungen das Hausrecht aus. Auch fraktionslosen Mitgliedern ist eine angemessene Redezeit zuzubilligen.

(2) Die Bezirksversammlung gibt sich und ihren Ausschüssen eine Geschäftsordnung. § 22 Absätze 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 13

Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit

(1) Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse beschließen mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

(2) Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Sie gelten so lange als beschlussfähig, bis ein Mitglied die Beschlussunfähigkeit geltend macht.

§ 14

Öffentlichkeit

(1) Die Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse sind öffentlich.

(2) Die Öffentlichkeit kann durch Beschluss bei einzelnen Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, soweit gesetzliche Vorschriften, überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner dies erfordern. Über einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit ist in nichtöffentlicher Verhandlung zu beraten und zu beschließen.

(3) Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse können den Einwohnerinnen und Einwohnern in

ihren öffentlichen Sitzungen Gelegenheit geben, an die Mitglieder Fragen zum Gegenstand der Beratungen zu stellen.

§ 28

Anhörungsrecht bei Standortentscheidungen

Vor der Entscheidung des Senats oder einer Fachbehörde über die Ansiedlung, Schließung oder wesentliche Veränderung nachfolgender Einrichtungen ist die örtlich zuständige Bezirksversammlung anzuhören, sofern die Entscheidung für den Bezirk oder einen wesentlichen Teil des Bezirks von Bedeutung ist:

1. Einrichtungen der Jugendhilfe, soweit sie nicht rechtlich selbständig sind,

2. (...)

9. öffentliche Unterbringungen von Zuwanderern und Wohnungslosen,

10. (...)

Die Anhörungsfrist beträgt mindestens einen Monat. Der Senat oder die Fachbehörde berücksichtigen bei ihrer Entscheidung die Stellungnahme der Bezirksversammlung. Die anhörende Behörde informiert die Bezirksversammlung nach Abschluss der Planung über das Ergebnis und die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Quelle: Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) vom 6. Juli 2006; HmbGVBl. 2006, S. 404 (www.hamburg.de/grundlagen-bezirke)

Rollenprofil: Mitglied der **PSG-Fraktion** in der Bezirksversammlung

Als Mitglied einer Fraktion nehmen Sie an der Bezirksversammlung teil. Obwohl Sie hier keine weitergehenden Rechte haben (außer die/der Vorsitzende als Sitzungsleitung), ist Ihre Position als gewählter Vertreter/gewählte Vertreterin des Volks natürlich von besonderem Interesse.

Kurzfassung der Position der PSG zum Thema Integration:

Nach wie vor kommen jeden Monat Tausende von Flüchtlingen in Deutschland an. Laut dem Königsteiner Verteilungsschlüssel ist Hamburg dazu verpflichtet, 2,5 Prozent der Schutzsuchenden aufzunehmen. Das ist für Hamburg eine enorme Herausforderung, da das Platzangebot zur Unterbringung von Flüchtlingen in einem Stadtstaat, im Gegensatz zu Flächenstaaten, sehr begrenzt ist. Eine Neuordnung der Verteilung von Flüchtlingen auf Bundesebene, die gerade auch diesen Faktor berücksichtigt, wäre gerechter, ist aber kurzfristig nicht realistisch. Deshalb müssen wir mit den aktuellen Gegebenheiten und unverändert hohen Flüchtlingszahlen umgehen. Für Hamburg bedeutet das konkret: Um weitere Flüchtlinge aufnehmen und provisorische Unterkünfte wieder schließen zu können, müssen wir bis Ende 2016 voraussichtlich weitere 40 000 Plätze in Erstaufnahme und Folgeunterbringung schaffen.

Wir bringen die Flüchtlinge in Hamburg dezentral an 125 Standorten unter. Weitere Standorte werden folgen. Da es nur gemeinsam gelingen kann, diese Aufgabe zu schultern, bitten wir die

Hamburgerinnen und Hamburger um ihr Verständnis und ihre Unterstützung bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in der Nachbarschaft.

Wir planen langfristig. Auch der Wohnungsbau muss dem verstärkten Zuzug angepasst werden. Der geplante „Express-Wohnungsbau“ ermöglicht es uns, in kurzer Zeit 5600 Wohnungen im Sozialwohnungsstandard zu bauen, die wir dringend brauchen. Damit schaffen wir ein echtes Plus zu unserem regulären Wohnungsbauprogramm. Wichtig: Die Wohnungen werden in einer ersten Phase als Flüchtlingsunterkünfte genutzt. In einem zweiten Schritt wird der Wohnraum allen Wohnungssuchenden zur Verfügung stehen. Das bedeutet auch, dass wir gut die Hälfte aller neuen Plätze 2016 in Festbauten schaffen. Denn auf Dauer sind die Provisorien in Zelten, Baumärkten, Containern und Lagerhallen weder für die Flüchtlinge noch für die Nachbarschaft vertretbar.

**Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein!
Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen,
davon hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.**

Frau/Herr Semmering (PSG)

Sie sind der/die **Fraktionsvorsitzende** der PSG in der Bezirksversammlung. Sie plädieren für eine pragmatische Haltung beim Thema Zuwanderung und Integration. Für Sie ist es keine Frage, dass Integration nicht nur eine Leistung der Zugewanderten ist, sondern von allen mitgetragen werden muss. Dies erfordert Anstrengungen und Zugeständnisse der gesamten Gesellschaft.

Natürlich reicht es nicht aus, die Flüchtlinge nur unterzubringen. Werte- und Normenvermittlung muss bereits in der Erstaufnahme stattfinden. Außerdem wollen Sie die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive bei der Integration in die Gesellschaft unterstützen und ihnen ermöglichen, ihre Chancen hier zu nutzen. Dazu gehört für Sie, ihnen den Spracherwerb, Kita- und Schulbesuch sowie den Einstieg in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. Nicht alle Menschen werden in Deutschland bleiben können. Sie gehen von einer deutlichen Zunahme der Rückführungen aus. Dafür haben Sie Maßnahmen eingeleitet wie die Verdreifachung der Rückführungsabteilung, die Stärkung des Verwaltungsgerichts, den Ausbau der freiwilligen Ausreise und die Schaffung eines Ausreisegewahrsams.

Auch wenn kleine dezentrale Unterkünfte wünschenswert sind – diese müssen planerisch und zeitlich auch zu realisieren sein. Dadurch darf der für den sozialen Ausgleich dringend notwendige Wohnungs- und Gewerbebau nicht gefährdet werden! Denn viele Wohnungssuchende sowie Wirtschaft und Unternehmen sind zwingend darauf angewiesen, dass auch zukünftig freie Quadratmeter für sie zur Verfügung stehen. Der Wohnungs- und Gewerbebau muss weiter gefördert werden.

Es kann aber auch nicht sein, dass Tausende von Flüchtlingen noch über Jahre in Baumarkt-

hallen oder anderen prekären Unterkünften leben müssen.

Die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge muss gerecht auf die Stadtteile verteilt werden. Es besteht vor allem Handlungsbedarf bei den Stadtteilen, die bisher noch keinen Beitrag zur Unterbringung geleistet haben.

Ihre Partei hat versprochen, kurzfristig mit einem Verfahren zu beginnen, mit dem Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen insgesamt an der Suche nach geeigneten Flächen für die Flüchtlingsunterbringung transparenter und verbindlicher beteiligt werden können.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Biller (PSG)

Sie sind Kulturwissenschaftler/in und koordinieren internationale Jugendaustauschprogramme. Sie haben sich sehr viel mit Religionen beschäftigt und sind beruflich häufig in islamischen Ländern. Sie plädieren für eine multikulturelle Gesellschaft und religiöse Toleranz im Sinne des vierten Artikels des Grundgesetzes: „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“

Sie begrüßen daher das Bauvorhaben, da Sie in einem für alle Bürgerinnen und Bürger offenen Kultur- und Begegnungszentrum eine echte Chance für interreligiösen Austausch und Begegnung sehen. Dass Vorurteilen und Berührungängsten dringend durch Information und gegenseitiges Kennenlernen begegnet werden sollte, ist für Sie offensichtlich. Die Bevölkerung des Bezirks soll gegenüber den Flüchtlingen offener sein, und um das zu erreichen wird Ihrer Meinung nach dringend eine Plattform für den interkulturellen Austausch benötigt. Sie plädieren für eine aktive Einbindung von Geflüchteten bei der Errichtung von Selbstausbau/Modulbau-Wohnprojekten. Die Flüchtlinge werden Ihrer Meinung nach lange Zeit im Bezirk bleiben.

Sie verweisen auf den immensen Zeitdruck: Die Exekutive muss handeln.

Für Sie ist leider eine kleinteilige Unterbringung nicht leistbar, weil kleine Unterbringungsmöglichkeiten den Betreuungsaufwand erhöhen.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Schmelzer (PSG)

Der Königsteiner Schlüssel verpflichtet die Stadt, 2,5% der Schutzsuchenden aufzunehmen. Für die Stadt stellt dies eine enorme Herausforderung dar, weil das Platzangebot im Stadtstaat gegenüber Flächenstaaten sehr begrenzt ist. In der Tat wäre eine Neuordnung der Verteilung auf Bundesebene geboten; sie ist zurzeit aber nicht realisierbar. Für Hamburg bedeutet dies eine weitere hohe Zahl von Flüchtlingen. Um Flüchtlinge aufnehmen zu können und provisorische Unterkünfte wieder schließen zu können, müssen bis zum Ende des Jahres voraussichtlich weitere 40 000 Plätze in Erstaufnahme und Folgeunterbringung geschaffen werden.

Sie wollen Flüchtlinge dezentral unterbringen. Sie bitten Ihre Bürgerinnen und Bürger um Verständnis, dass eben auch in deren Nachbarschaft Flüchtlinge untergebracht und integriert werden.

Sie plädieren für einen „Express-Wohnungsbau“, um in kürzester Zeit Sozialwohnungen zu bauen, die zuerst als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden und dann anschließend allen Wohnungssuchenden zur Verfügung stehen.

Provisorische Unterbringungsmöglichkeiten – wie Zelte, Baumärkte, Container oder gar Lagerhallen – sind für alle Beteiligten nicht mehr hinnehmbar.

Sie verweisen auch auf die Notwendigkeit einer Werte- und Normenvermittlung bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung. Flüchtlingen mit Bleibeperspektive muss möglichst schnell bei deren Integration in unsere Gesellschaft mit einem Bündel von Maßnahmen und Unterstützungsstrukturen geholfen werden.

Allerdings werden auch nicht alle Flüchtlinge, die in die Stadt kommen, auch hier bleiben können. Rückführungen werden und müssen

zunehmen. Auch muss die freiwillige Ausreise gefördert werden.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Börsenkieper (PSG)

Sie verweisen auf die bisherige positive Integrationspolitik der Stadt. So war Hamburg das erste Bundesland, das mit einem Gesetz die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen ermöglicht hat.

In Ihrem Integrationskonzept „Teilhabe, interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ werben Sie dafür, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner – unabhängig von ihrer Herkunft – „Hamburgerin“ bzw. „Hamburger“ sind. Hamburg wird durch die *Vielfalt* auch als Wirtschaftsstandort gestärkt. Der Wohlstand Hamburgs wird durch einen wesentlichen Beitrag der Migrantinnen und Migranten gefördert.

Die Solidarität mit Flüchtlingen ist für Sie selbstverständlich. Die Zahl derjenigen, die vor politischer Verfolgung und Krieg fliehen, nimmt zu. Deutschland und auch Hamburg stehen vor großen Herausforderungen. Allein in Hamburg werden aktuell 15 000 Plätze in der öffentlichen Unterbringung benötigt. Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs haben in den vergangenen Monaten viel Engagement und Solidarität bewiesen und Großartiges geleistet. Viele Flüchtlinge sind in Hamburg aufgenommen worden. Unsere Stadt wird diese Herausforderung auch weiterhin bewältigen. Die PSG und Sie werden darauf achten, dass Unterkünfte in allen Stadtteilen Hamburgs gleichermaßen errichtet werden. Viele Hamburgerinnen und Hamburger engagieren sich ehrenamtlich in den Unterkünften. Sie unterstützen dieses Engagement und werden es weiter fördern. Die PSG wird auch langfristig Sorge dafür tragen, dass in Hamburg Flüchtlinge menschenwürdig aufgenommen und untergebracht werden. Sie plädieren für einen Ausbau der Willkommenskultur!

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Schlothausen (PSG)

Zur Vermeidung von Flüchtlingen in unwürdigen Unterbringungssituationen (z. B. Zelten) und der Nutzung von Turnhallen plädieren Sie für eine Unterbringung in bisher ungenutzten Hallen.

Insofern tragen Sie das kürzlich in Kraft getretene Gesetz zur Sicherstellung von leerstehenden Gewerbeimmobilien, um den dringend benötigten Kapazitätsausbau beschleunigen zu können. In Ihren Augen sind eben auch größere Unterbringungskapazitäten notwendig, damit in jedem Fall die Gefahr einer Massenobdachlosigkeit vermieden werden kann.

Sie wollen auch, dass man sich im Vorfeld mit den möglichen Eigentümer/innen in Güte einigt. Die Stadt kauft entweder die Hallen oder zahlt eine angemessene Miete. Das Gesetz ist bis 2017 befristet.

Es geht auch nicht um die mögliche Sicherstellung von privatem Wohnraum, sondern allein um die Nutzung leerstehender Lagerhallen zur Unterbringung.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Bedenken (PSG)

Aufgrund der weltpolitischen Lage suchen immer mehr Flüchtlinge in Deutschland und in Hamburg Schutz.

Die Kommunen, die Länder und der Bund werden durch die Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen.

Als weltoffene Metropole wird Hamburg gemeinsam mit den Bezirken ihrer Verantwortung gerecht werden.

Flüchtlingen mit langfristiger Aufenthaltsperspektive soll eine zügige und nachhaltige Integration ermöglicht werden:

- Schnellere Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in die Kindertagesbetreuung, schulische Vorbereitungsklassen sowie anschließend in das Regelschulsystem oder in die Ausbildung
- Frühzeitiger Spracherwerb, Anerkennung vorhandener Abschlüsse und möglichst schnelle Integration in Arbeit

Sie fordern mehr finanzielle Mittel für die Unterbringung.

Ohne eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements wird die Herausforderung nicht zu meistern sein.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Grün (PSG)

Das Engagement der Hamburgerinnen und Hamburger für Flüchtlinge ist überwältigend.

Die Zahl der freiwilligen Helferinnen und Helfer geht in die Tausende. Es werden Spiel- und Sportangebote, Ausflüge und Sprachkurse organisiert sowie Sachspenden bei den Flüchtlingsunterkünften abgegeben.

Sie wollen das noch mal verstärken.

Sie plädieren für eine Vernetzung haupt- und ehrenamtlicher Flüchtlingshelferinnen und -helfer.

Sie sprechen Netzwerkpartner/innen, Initiativen, Religionsgemeinschaften und das Stadtkulturzentrum an und initiieren Treffen.

Sie forcieren Informationsveranstaltungen im Bezirk.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Mitglied der **BVD-Fraktion** in der Bezirksversammlung

Als Mitglied einer Fraktion nehmen Sie an der Bezirksversammlung teil. Obwohl Sie hier keine weitergehenden Rechte haben (außer die/der Vorsitzende als Sitzungsleitung), ist Ihre Position als gewählter Vertreter/gewählte Vertreterin des Volks natürlich von besonderem Interesse.

**Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein!
Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen,
davon hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.**

„Die BVD Hamburg gehörte von Anfang an zusammen mit der BVD-NRW zu den Vorkämpfern einer weltoffenen Integrationspolitik unserer Partei. Die BVD-geführten Senate von Jens Hansen und Anna-Margot Ramos Gonzales haben wegweisende Leitsätze für die Integration von Ausländer/innen in unserer Gesellschaft entwickelt und umgesetzt. Dazu gehören u. a. eine verpflichtende Sprachuntersuchung für Kinder,

Sprachförderung bereits im Vorschulalter, Verstärkung des Deutschunterrichts und die zusätzliche Deutsch-Förderung in den Schulen sowie Maßnahmen zur Öffnung des Ausbildungsmarktes und des Zugangs zum öffentlichen Dienst für integrationswillige Ausländer/innen. Damit haben die BVD-geführten Senate in Hamburg Zeichen gesetzt. Heute bescheinigt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration in seinem jüngsten Jahresbericht, inzwischen vieles richtig zu machen.

(...)

Wir erwarten von Zugewanderten zu Recht die Akzeptanz zentraler Wertegrundlagen unseres Landes, die unser Selbstverständnis nach innen und außen betreffen und die nicht zur Diskussion gestellt werden dürfen. Dazu gehören das Eintreten für Menschenrechte und Gleichberechtigung, die europäische Integration sowie die Verantwortung, die wir aus unserer Geschichte ableiten, beispielsweise die bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.“

B e s c h l u s s

des Landesausschusses der Hamburger BVD
am 15. September 2015

Frau/Herr Demmermeier (BVD)

Sie sind der/die **Fraktionsvorsitzende** der BVD in der Bezirksversammlung. Bei der Frage nach der richtigen Integrationspolitik haben Sie eine eindeutige Position. Natürlich ist Integration keine einseitige Leistung der Zugewanderten. Dennoch wird der Erfolg des Zusammenlebens davon abhängen, ob die Menschen bereit sind, sich an die deutschen Spielregeln zu halten und sich hier an die Gepflogenheiten anzupassen. Sie müssen sich zu den Werten des Grundgesetzes bekennen. Werte wie Toleranz und Demokratie sind zu achten und zu befolgen. Vor allem müssen Flüchtlinge Deutsch lernen und sprechen, sonst können sie sich nicht sicher und erfolgreich im Alltag zurechtfinden. Sie können nicht nachvollziehen, dass ausgerechnet hier alle Bestrebungen, die Deutschkenntnisse der Zugewanderten zu verbessern, in so einem hohen Maße torpediert werden.

Für Sie ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft erschreckend und generell abzulehnen. Wenn alle Werte relativiert werden und alles mit dem Hinweis auf andere Gebräuche und Wertvorstellungen geduldet werden muss, dann ist eine Orientierung an den Werten der Demokratie und Toleranz nicht mehr gewährleistet. Die Wiege der Demokratie und der Menschenrechte liegt in Europa. Deswegen ist für Sie ein eindeutiges Bekenntnis zur gemeinsamen christlich-europäischen Tradition eine Selbstverständlichkeit.

So plädieren Sie bei der hier zu diskutierenden Problematik für eine pragmatische Haltung.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Sven (BVD)

Sie plädieren für Verhandlungen, um Flüchtlinge in Flächenländern unterbringen zu können. Sie verweisen darauf, dass Hamburg durch das erst kürzlich von Bundestag und Bundesrat beschlossene Asylpaket mit anderen Bundesländern Vereinbarungen zur dortigen Unterbringung von Flüchtlingen gegen Kostenerstattung abschließen kann. Dies war bisher nur in Ausnahmefällen möglich. Sie verlangen die konsequente Nutzung dieser Möglichkeit zwecks Entlastung der Stadt. Denn Sie vertreten die Auffassung, dass Hamburg als Stadtstaat enorm unter Druck steht, weil es kaum Wohnungsleerstand gibt. Das sieht in *manchen Flächenländern* ganz anders aus. Hierbei muss es vor allem um die Erstaufnahmen gehen. Diese können notfalls *auch abseits von Städten* oder Dörfern liegen, weil die Flüchtlinge in der Regel nur eine begrenzte Zeit (3 Monate) bleiben. Daher spielt die Frage der Integration dort noch eine kleine Rolle. Die bisherige Aufteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer muss dringend geändert werden. So führt der bisherige Verteilungsschlüssel nach Steuerkraft und die Einwohnerzahl zu der nicht mehr nachvollziehbaren Entscheidung, dass der Flächenstaat Mecklenburg-Vorpommern genauso viele Menschen wie der Stadtstaat Hamburg aufnimmt.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Prof. Steiner (BVD)

Sie sind Bauingenieur/in und haben nach Tradition Ihrer Familie das Familienunternehmen vor kurzem übernommen. Ihre Familie lebt seit Generationen im Bezirk und stellte schon mehrfach Mitglieder der Bezirksversammlung. Sie sind in verschiedenen Traditionsvereinen aktiv und kennen viele konservative Stimmen aus der Bürgerschaft, die einer Flüchtlingsunterkunft sehr kritisch gegenüberstehen.

Sie sind sehr verantwortungsbewusst. Das Wohl der Bürger im Bezirk hat für Sie oberste Priorität. Generell sind Sie für eine offene Stadtgesellschaft. Damit, dass eine Flüchtlingsunterkunft aber an prominentester Stelle platziert werden soll, können Sie sich nur schwer anfreunden.

Sie tragen die fraktionsübergreifende Einschätzung einer Befürwortung des Baus mit, sehen aber eine Flüchtlingsunterkunft in der Stadtmitte als problematisch und übertrieben an.

Auch wissen sie um die Sorgen und Ängste älterer Parteimitglieder, denen Sie sich verpflichtet fühlen und deren Sicht Sie daher mit in die Diskussion einbringen. Die Seniorengruppe Ihrer Partei hat große Bedenken gegenüber der Flüchtlingsunterkunft in der Stadtmitte und dem Islam generell. Die Befürchtung, Terrorist/innen damit Tür und Tor zu öffnen, ist hier weitverbreitet. Schließlich sieht man jeden Tag in den Nachrichten, was diese Religion auf der Welt anrichtet.

Sie fordern ein Integrationspflichtgesetz mit klaren Anforderungen an jeden Flüchtling.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Schmalsporn (BVD)

Sie treten für die Versachlichung der Flüchtlingspolitik ein. Für Sie ist ein Dreiklang aus Bekämpfung der Fluchtursachen, Grenzsicherung und Migrationssteuerung notwendig.

Sie fordern eine weitere Reduzierung der Flüchtlingszahlen und eine tatsächliche Integrationspolitik, die sich insbesondere um die Herausforderungen in den großen Städten kümmert.

Sie plädieren für eine zeitlich befristete Wohnaufgabe und die Trennung von Schutzbedürftigen mit Bleibeperspektive und Kriegsflüchtlingen, für die die Verantwortlichkeit für die Betreuung und Unterbringung durch den Bund geprüft werden sollte.

Der Hamburger Senat muss zwingend auf integrationsfeindliche Massenunterkünfte ohne Bürgerbeteiligung verzichten.

Um die Querschnittsaufgabe Integration zu bündeln und für klare Verantwortlichkeiten zu sorgen, wäre ein eigenständiges Integrationsamt in Hamburg unter Leitung eines Staatsrates sinnvoll.

Für Sie ist eindeutig bewiesen: Der PSG-HAU-Senat in Hamburg hat seine Hausaufgaben nicht alle erledigt.

Sie können nicht nachvollziehen, warum ggf. Unterbringungskapazitäten in Landschaftsschutzgebieten ohne soziale Infrastruktur realisiert werden sollen.

Warum sollen Ghettos geschaffen werden, wenn auch kleinteilige Wohnungen möglich werden?

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Schneider-Boden (BVD)

Sie sind Frau/Herr Schneider-Boden, ein/e angesehene/r Unternehmer/in im Bezirk. In bester Innenstadtlage betreiben Sie seit Jahrzehnten ein exklusives Ladengeschäft für Schmuck und eine Parfümerie. Die Geschäfte laufen schon immer dank der zahlreichen Tagestourist/innen prächtig. Selbst in Krisenzeiten sind Ihnen hohe Umsätze sicher. Doch die Pläne zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft, die gerade einmal vis-à-vis auf der anderen Straßenseite liegen wird, finden Sie sehr problematisch. Warum sollen ausgerechnet dort Asylbegehrende einziehen? Die haben doch gar keine Kaufkraft. Im Gegenteil, am Ende wird der Bezirk unsicherer, wenn überall zum Nichtstun verdamnte Flüchtlinge herumlungern. Nicht auszuschließen, dass sie möglicherweise die wohlhabenden Tourist/innen beklaunen. Nicht auszudenken, wenn die geplante Gemeinschaftsunterkunft Ort eines fremdenfeindlichen Anschlags werden könnte. Die rechte Szene kündigte bereits massiven Widerstand an. Schon jetzt sind einige Tourist/innen verunsichert und mitunter geradezu empört, sobald sie aus den Medien von den Plänen erfahren. Das Telefon steht seit Wochen nicht mehr still. Eines ist klar: Wegbleibende Tourist/innen könnten Ihre Geschäfts- und Existenzgrundlage massiv gefährden. Deshalb setzen Sie sich aktiv für eine Alternativlösung ein.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Mitglied der **Fraktion HAU** in der Bezirks- versammlung

Als Mitglied einer Fraktion nehmen Sie an der Bezirksversammlung teil. Obwohl Sie hier keine weitergehenden Rechte haben (außer die/der Vorsitzende als Sitzungsleitung), ist Ihre Position als gewählter Vertreter/gewählte Vertreterin des Volks natürlich von besonderem Interesse.

„Bis Ende 2016 werden wir schätzungsweise 80 000 Geflüchtete in Hamburg aufnehmen. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die Menschen vernünftig unterzubringen. In jedem Hamburger Bezirk werden in einem sehr knappen Zeitraum neue Wohnviertel entstehen. Das ist ohne Frage eine große Herausforderung für unsere Stadt. Dass diese Schnelligkeit viele Anwohnerinnen und Anwohner besorgt, kann ich verstehen. Es ist für uns selbstverständlich, die Rahmenbedingungen in den neuen Wohnquartieren so zu gestalten, dass ein Zusammenleben zwischen den neuen und alten Nachbarschaften

gut funktioniert. Den Grundstein für dieses Vorhaben legen wir mit dieser groß angelegten Integrationsinitiative. Wir wollen die Anwohnerinnen und Anwohner im Vorfeld und begleitend zum Bau der Wohnquartiere beteiligen. Dafür wird es Workshops, runde Tische und unabhängige Ansprechpersonen geben. Langfristig soll daraus ein Quartiersbeirat hervorgehen – mit Flüchtlingen und Menschen aus der Nachbarschaft. Dafür wollen wir die Bezirke stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, diese Quartiere gut zu planen und mit Quartiersmanager/innen professionell zu betreuen. Für diese Maßnahmen statuen wir den Quartiersfonds mit zusätzlich sieben Millionen Euro aus – also eine Million Euro pro Bezirk. Die Anwohnerinnen und Anwohner sollen keine Nachteile dadurch haben, dass Geflüchtete in ihre Nachbarschaft ziehen. Deshalb sorgen wir dafür, dass Kitas, Schulen und Gesundheitsangebote deutlich verstärkt und verbessert werden.“
(Presseerklärung der HAU Bürgerschaftsfraktion, 7.12.2015)

**Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein!
Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen,
davon hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.**

Frau/Herr Fischer-Müllerhofer (HAU)

Sie sind der/die **Fraktionsvorsitzende** der HAU in der Bezirksversammlung von Hamburg-Elbstedt, von Beruf Musiktherapeut/in und haben ein Kind.

Sie arbeiten mit der Grundschule im Bezirk zusammen und bieten dort vor allem kostenlose musikalische Förderung für benachteiligte Kinder an. Außerdem helfen Sie im örtlichen Bürgerzentrum ehrenamtlich mit.

Sie sind Gründungsmitglied der Bürgerinitiative „Unser Bezirk ist bunt“. Sie befürworten die Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft. Sie sind verständnisvoll, harmoniebedürftig und konfliktscheu. Der Dialog und Austausch mit anderen sind Ihnen wichtig.

Ihr Ziel ist es, dass die Flüchtlinge integriert werden und ein ehrlicher Austausch zwischen den Kulturen stattfindet.

Sie wollen die Interessen der Bürgerinitiative voranbringen, Ideen zur Umsetzung entwickeln sowie konkrete Aktionen planen und leiten.

Toleranz und Offenheit stellen für Sie extrem wichtige Werte einer Gesellschaft dar. Solidarität und Menschenrechte haben Vorrang vor individueller Gewinnmaximierung der Unternehmen.

Sie machen gemeinsame Kunstprojekte mit den Kulturschaffenden im Bezirk, z. B. musikalische Umrahmung von Vernissagen im Rathaus etc.

Ihre beste Freundin ist Lehrerin am örtlichen Gymnasium und unterstützt dort den Arbeitskreis „Willkommen im Bezirk“.

Für Sie ist es selbstverständlich, dass den Flüchtlingen möglichst rasch und schnell menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Sie befürworten eine eindeutig multikulturelle Gesellschaftskonzeption, in der die Vorstellungen und Gebräuche jeder/s Einzelnen toleriert und gewürdigt werden. Dazu gehört auch, dass die öffentliche Kulturförderung gleichberechtigt die Bedürfnisse jedes Mitbürgers und jeder Mitbürgerin gleichermaßen berücksichtigt.

Meine Ideen zur Rolle

IHR SLOGAN:

„Wir können doch über alles reden!“

Frau/Herr Schmidt (HAU)

Sie sind Trainer/in für interkulturelle Kommunikation und beraten Unternehmen und öffentliche Institutionen bei der Umsetzung interkultureller Öffnungsstrategien. Da Sie selbst regelmäßig Schulungen in interkultureller Kompetenz durchführen, sind Sie mit den gängigen Vorurteilen und Problemen vertraut. Sie sind sehr geduldig und versuchen stets, allen Stimmen in einer Diskussion Gehör zu verleihen. Wichtig ist Ihnen, dass eine offene und faire Debatte und ein echter Austausch stattfindet.

In der Diskussion versuchen Sie immer Gemeinsamkeiten zwischen den Konfliktparteien hervorzuheben, so auch im interkulturellen Dialog: Sie verweisen hier auf die Gemeinsamkeiten zwischen allen monotheistischen Religionen, insbesondere zwischen Christentum und Islam.

Der Bezirk kann Ihrer Meinung nach eine Flüchtlingsunterkunft in der Stadtmitte durchaus verkraften. Sie sehen in dem Bau einer Kultur- und Begegnungsstätte eine Bereicherung des kulturellen Bildungsangebotes und des interkulturellen Dialogs. Sie verweisen darauf, dass der islamische Glaube in Deutschland benachteiligt ist, weil es keine öffentlichen Zuschüsse für islamische Religionsbauten gibt und der Islam anders als das Judentum nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt ist. Toleranz und Solidarität sollten Ihrer Meinung nach im Bezirk stärker gefördert werden.

Durch Ihre tägliche Arbeit wurde Ihr grundsätzlich stark ausgeprägtes politisches und soziales Engagement und Interesse noch verstärkt. Da Sie gerne die Rahmenbedingungen für eine offene und gerechte Gesellschaft mitbestimmen wollen, haben Sie sich vor der letzten Wahl entschieden, für den Bezirk zu kandidieren.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Stein (HAU)

Selbstverständlich sind Sie für die Errichtung der Flüchtlingsunterkunft in der Nachbarschaft.

Sie befürchten Randalen von der rechten Szene. Neonazis sind eine Bedrohung der Demokratie. Mit der Verbreitung ihrer demokratie- und menschenfeindlichen Ideologie, mit brutalen Übergriffen auf andere Menschen gefährden sie unsere freiheitliche Gesellschaft. Sie sprechen mit Betroffenen, Initiativen und Akteur/innen der Zivilgesellschaft, regen zu Vernetzungen an und sensibilisieren mit Veranstaltungen vor Ort die Öffentlichkeit. Sie setzen auf einen parteiübergreifenden Konsens der Demokratinnen und Demokraten gegen Ausländerfeindlichkeit. Wo es nötig ist, muss der Staat auch eingreifen. Die zunehmende Beschäftigung mit der Lage von Flüchtlingen geht maßgeblich auf Ihre Initiativen zurück.

Sie treten für ein respektvolles Zusammenleben ein. Für eine Kultur der Vielfalt und dem gleichberechtigten Miteinander muss aber offensiv und kontinuierlich geworben werden. Hierzu ist die Stärkung der Zivilgesellschaft unerlässlich, u. a. durch Förderung von lokalen Initiativen und Vereinen.

Sie fordern von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister, dass er/sie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Hetze gegen Flüchtlinge konsequent führt. Diese Bedrohungen zu bekämpfen, ist unverzichtbar für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Ahzen-Shikrat (HAU)

Ihr Name ist Frau/Herr Ahzen-Shikrat. Sie sind Sozialpädagogin bzw. Sozialpädagoge an der Sozialberatungsstelle des Diakonischen Werks im Bezirk. Ihr Verband unterhält in der Stadt soziale Einrichtungen wie ein Seniorenheim und einen Kindergarten, ist aber beispielsweise auch in der Beratung pflegender Angehöriger und Arbeitsloser engagiert. Ihr Ziel ist es, gerade angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Stadt das soziale Netz engmaschiger zu weben und entsprechende Angebote auszubauen.

Beim Bürgermeister bzw. bei der Bürgermeisterin und der Bezirksversammlung, aber auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster Couleur genießen sowohl Sie persönlich als auch Ihre Organisation hohes Ansehen und Akzeptanz aufgrund Ihres sozialen Engagements. Ihr Eintreten für sozial Benachteiligte speist sich aus Ihrer katholischen Erziehung und dem Gebot bedingungsloser christlicher Nächstenliebe.

Den Umgang mit Asylbegehrenden kennen Sie aus einigen anderen Stellen in der Diakonie Hamburg. Da Sie sich regelmäßig mit den Kolleg/innen über deren jeweilige Arbeit und die damit verbundenen Probleme und Erfahrungen austauschen, kennen Sie sowohl die Arbeit mit Geflüchteten als auch die lokalen Widerstände gegen die Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften.

Einer Ihrer Jugendfreunde, mit dem Sie im Anschluss an Ihr Abitur einige Zeit Theologie und Soziologie studiert haben, ist Mitarbeiter des UN-Kinderhilfswerks UNICEF und in verschiedenen Krisengebieten vor allem in Afrika aktiv. Sie haben nach wie vor regelmäßig Kontakt zu ihm und verfügen so über direkte Informationen aus den Herkunftsländern einiger Geflüchteter.

Da Übergriffe auf Frauen und Mädchen in Flüchtlingsunterkünften bekanntgeworden sind,

ist Ihnen vor allem ein Anliegen, dem Schutzbedürfnis alleinstehender Frauen bzw. alleinerziehender Mütter mitsamt Kindern vor Gewalt und Missbrauch gerecht zu werden.

Für Frauen und Kinder müssen separate Schlafstätten und Sanitäreinrichtungen sowohl in der Erstaufnahmestelle als auch in der Folgeunterbringung zur Verfügung stehen.

Ebenfalls müssen eine adäquate Erstversorgung und hygienische Mindeststandards gewährleistet sein. Auch braucht es mehr Personal für die Betreuung sowie die Einbeziehung der Bewohner/innen in Aufgaben und Projekte im Rahmen der Unterkunft.

Ferner plädieren Sie dafür, dass die Vermittlung von Flüchtlingen in private Unterbringung gefördert werden muss.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Mitglied der **FP-Fraktion** in der Bezirksversammlung

Als Mitglied einer Fraktion nehmen Sie an der Bezirksversammlung teil. Obwohl Sie hier keine weitergehenden Rechte haben (außer die/der Vorsitzende als Sitzungsleitung), ist Ihre Position als gewählter Vertreter/gewählte Vertreterin des Volks natürlich von besonderem Interesse.

Deutschland kann und darf es sich nicht leisten, dass aus der Flüchtlingskrise eine Integrationskrise wird. Die Integrationspolitik der vergangenen Jahre muss jetzt konsequent hinterfragt werden.

Die erfolgreiche Integration der zugewanderten Menschen kann nur gelingen, wenn sie an unserer Gesellschaft teilhaben und nicht, wenn sie chancenlos in Parallelgesellschaften überführt werden. Die Bildung der Menschen in unserem Land ist der Schlüssel zu Teilhabe und Wohlstand in unserer Gesellschaft.

**Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein!
Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen,
davon hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.**

Frau/Herr Simon (FP)

Sie sind die/der **Fraktionsvorsitzende** der FP in der Bezirksversammlung. Sie setzen sich aktiv für die Rechte der Flüchtlinge ein und unterstützen deswegen auch im Grunde die Forderung nach mehr Unterbringungsmöglichkeiten.

Sie gehen davon aus, dass auch für die nächsten Monate mit einem anhaltend hohen Zustrom von Flüchtlingen nach Hamburg zu rechnen ist, der die Stadt vor große Herausforderungen stellt. Während sich Europa über die Verteilung der Flüchtlinge streitet, treffen tagtäglich Hunderte von Menschen in unserer Stadt ein, die untergebracht werden müssen.

Sie schätzen das große Engagement der Hamburger Bürgerinnen und Bürger sowie den Behörden, um eine bestmögliche Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten. Gleichzeitig haben Sie die Sorge, dass die Stadt und die Bezirke auf Dauer überfordert sind, wenn sich der Zustrom in dem bisherigen Ausmaß fortsetzt und die Flüchtlinge dauerhaft untergebracht werden müssen. Ihrer Meinung nach improvisiert der Hamburger Senat nur noch.

An langfristiger, konzeptioneller Planung mangelt es in allen Bereichen. Unzureichende Kommunikation, Information und Transparenz führen zu Unverständnis in der Nachbarschaft von Flüchtlingsunterkünften und erschweren die Akzeptanz für die Schutzsuchenden. Auch die Überlegungen zu Enteignungen fördern eher Intoleranz und Ablehnung.

Ihrer Ansicht nach werden viele der in Hamburg ankommenden Flüchtlinge dauerhaft bleiben.

Sie fordern eine umfassende Integrationsstrategie, damit sich an das Unterbringungsproblem nicht ein Integrationsproblem anschließt. Diese Strategie muss die verbindliche Vermittlung von Werten, Rechten und Pflichten sowie das Erlernen

der Sprache umfassen. Im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt müssen neue Voraussetzungen geschaffen werden und Probleme frühzeitig erkannt und möglichst behoben werden.

Sie fordern die Erarbeitung eines Masterplans zur Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Wohnungslose. Unterkünfte sollen auf Basis verschiedener Szenarien für die kommenden fünf Jahre geplant werden. Grundsätzliches Ziel muss die ausgeglichene Verteilung der Plätze auf alle Hamburger Stadtteile sein. Der Plan soll Flächen auflisten, die unter Klärung baurechtlicher Bedingungen, verschiedener Zeiträume und Bereitstellungsaufwand zur Verfügung stehen können. Perspektivisch müssen potenzielle Flächen- und Gebäudebestände erhoben und für eine Zwischen- bzw. langfristige Nutzung geprüft werden.

Nach Prüfung auf Eignung sind alle ermittelten potenziellen Flächen und Standorte umgehend zu veröffentlichen. Die Bezirksversammlungen sind zu einem Zeitpunkt zu beteiligen, der als ergebnisoffen gilt, sobald die grundsätzliche Eignung eines Standorts festgestellt wird.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Hennig (FP)

Sie arbeiten für eine Unternehmensberatung und sind für eine eigenverantwortliche und liberale Wirtschaftspolitik. Sie schätzen Eigeninitiative und Unternehmergeist.

Ihrer Meinung nach wollen die Menschen vor Ort offen sein für die neuen Nachbarn. Die Bewohnerinnen und Bewohner wollen sich aber auch sicher fühlen. Sie haben Angst vor Überforderungen bei der Integration. Von der Politik erwarten Sie zu Recht, dass sie Lösungen präsentiert und sich nicht in „Wir schaffen das“-Floskeln verliert.

Lösungen für die großen Herausforderungen bedeutet aber auch, unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

Sie unterstützen die Errichtung der Flüchtlingsunterkunft grundsätzlich in Ihren Anliegen, finden aber, dass man über den genauen Ort noch einmal sprechen könnte. Um des Stadtfriedens willen würden Sie eine weniger prominente Platzierung vorziehen.

Die Bezirksversammlung und die Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort sind bei der Planung vor neuen Unterkünften (Erstaufnahme und Folgeunterbringung) frühzeitig einzubinden und anzuhören. Das gehört zum Mindeststandard gelungener Integrationspolitik.

Sie vertreten die Ansicht, dass Massenunterkünfte nur das letzte Mittel der Unterbringung sein dürfen und das auch nur in Form von Erstaufnahmen oder Notunterkünften. Sie sind nur in den Monaten des Notstands und nach Prüfung aller Optionen hinnehmbar.

Vorrangiges Ziel im Bereich der Folgeunterbringung sind dezentrale, möglichst kleine Wohneinheiten. Die Verteilung muss gerecht und gleichmäßig auf das gesamte Stadtgebiet erfolgen. Eine Konzentration von Unterkünften in

vorwiegend sozial belasteten Stadtteilen sollte vermieden werden. Ebenfalls dürfen Stadtteile mit ohnehin hohem Migrantenanteil nicht überfordert werden. In jedem Fall sind Gettobildungen nach Herkunftsnationalitäten oder Religionsgemeinschaften absolut zu vermeiden.

Um auch nachhaltig die Unterbringung Schutzsuchender gewährleisten zu können, ist ein ehrlicher Umgang mit abgelehnten Asylbegehrenden und vollziehbar Ausreisepflichtigen dringend erforderlich. Daher fordern Sie zur Beschleunigung der Asylverfahrensdauer, Asylbegehrende aus sicheren Herkunftsländern und aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von unter zehn Prozent zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen, bis über die Asylanträge entschieden ist und die abgelehnten Asylbegehrenden freiwillig ausgereist sind oder zurückgeführt wurden.

Sie erwarten – entsprechend der bundesgesetzlichen Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes –, dass an Bewohner/innen der Erstaufnahmeeinrichtungen in Hamburg vorwiegend Sach- statt Geldleistungen ausgegeben werden.

Schließlich fordern Sie, die Vermittlung von Flüchtlingen in private Unterbringung zu fördern. Zur Vernetzung ist hierzu eine Plattform für private Wohnraumvermittlung einzurichten.

Sie lehnen eine gesonderte Regelung zur Inanspruchnahme von Unterbringungsmöglichkeiten im Wege des enteignungsgleichen Eingriffs vehement ab.

Trotz des Zeitdruckes dürfen die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und das Plan- und Baurecht der Bezirksversammlungen nicht ausgehebelt werden. Die frühestmögliche Beteiligung der Bezirksversammlung ist zu gewährleisten.

Zur Einbeziehung der Nachbarschaft vor Bezug einer Unterkunft gehören z. B. im Rahmen von

Informationsveranstaltungen auch „Tage der offenen Tür“. In Abstimmung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und nach eingehender Prüfung können diese auch nach Bezug eines Standorts wiederholt werden.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Dr. Süsse-Kost (FP)

Sie bemängeln, dass der Hamburger Senat seit Jahren nicht bereit ist, die Bürger/innen umfassend und rechtzeitig über geplante Standorte zu informieren. Dadurch entstehen immer wieder Konflikte mit der Bezirkspolitik und den betroffenen Anwohner/innen. Die Missachtung der Beteiligungsrechte gefährdet die Demokratie und die Akzeptanz vor Ort. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten umfassende Informationen und eine ausgewogene Verteilung der Menschen in der Stadt. Sie erwarten Konzepte und Antworten auf die Frage, wie die Integration vor Ort gelingen soll.

Für Sie ist ganz klar: Begegnungen fördern das Zusammenleben und ermöglichen den direkten Austausch vor Ort.

Daher fordern Sie, dass der Bezirk Begegnungsstätten schafft, die in der Nähe von öffentlichen Unterkünften liegen. Hierfür ist ein Förderprogramm aufzulegen.

Die Bevölkerung vor Ort und die Flüchtlinge sollen an der Planung der Begegnungsstätten beteiligt werden.

Einen großen Beitrag in der Flüchtlingshilfe leisten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Ihr Engagement ist sehr vielseitig und an vielen Standorten unersetzlich. Sie fordern die Förderung der Mitarbeit von Flüchtlingen in ehrenamtlichen Strukturen, wie zum Beispiel in Vereinen und Kulturprojekten.

Der persönliche Austausch zwischen Bewohner/innen und Zivilgesellschaft wird durch Massenunterkünfte erschwert. In ihnen drohen Kontakte, Patenschaften und Freundschaften, die sich eher in kleineren Strukturen entwickeln können, zu scheitern.

Mit Bürger/innen, Neubürger/innen und Expert/innen gemeinsam ist in öffentlichen Inte-

grationskonferenzen ein Konzept zu erarbeiten, das diesen Namen auch verdient. Dieses soll bereits in Erstaufnahmen und Notunterkünften Anwendung finden und die Integration bis ins Arbeits- und Erwerbsleben begleiten. Die Werte des Grundgesetzes sowie Rechte und Pflichten in unserem Land sind Schutzsuchenden von Anfang an zu vermitteln. Denn nur wer die Regeln kennt, kann diese auch einhalten.

Für Sie sind Schlüsselemente erfolgreicher Integration Bildung, Qualifikation und die Vermittlung in Arbeit. Menschen mit Bleibeperspektive benötigen daher eine individuelle Betreuung. Mit dem Ziel der Integrationsförderung müssen daher in Zusammenarbeit mit Kammern, Gewerkschaften, Migrantenverbänden, der Arbeitsagentur und der Verwaltung Bildungs- und Weiterbildungsangebote forciert werden.

Speziell für Flüchtlinge ist eine Jobbörse einzurichten, die Praktikantenstellen, Arbeitsgesuche und Stellenangebote sammelt, abgleicht und vermittelt.

Die Arbeitsmarktzahlen in der Stadt zeigen gegenwärtige und zukünftige Mangelberufe auf. Hier ist der entsprechende Arbeitskräftebedarf zu definieren und hier sind Asylbegehrende mit entsprechender Vorkenntnis und Qualifikation gezielt aufzuklären, aus- bzw. weiterzubilden und für diese Berufe anzuwerben.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Mitglied der **PAW-Fraktion** in der Bezirksversammlung

Als Mitglied einer Fraktion nehmen Sie an der Bezirksversammlung teil. Obwohl Sie hier keine weitergehenden Rechte haben (außer die/der Vorsitzende als Sitzungsleitung), ist Ihre Position als gewählter Vertreter/gewählte Vertreterin des Volks natürlich von besonderem Interesse.

Sie verstehen sich als rechtskonservatives Bollwerk gegen die multikulturelle Gesellschaft. Für Sie geht es vor allem darum, gute deutsche Traditionen und Werte gegen fremde Einflüsse zu schützen und das kulturelle Gesicht des Bezirks zu wahren. Im Stadtteil fühlen Sie sich eher wie in Istanbul als daheim. Sie fürchten, dass dort die deutsche Bevölkerung in die Ecke gedrängt und marginalisiert wird. Keinesfalls wollen Sie eine multikulturelle Gesellschaft.

Für Flüchtlinge ist der (finanzielle) Anreiz, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen, viel zu hoch. Die Zuwanderung in den aktuellen Größenordnungen wird auf Dauer zu sozialen Spannungen in Hamburg führen. Hamburg kann die mit der Aufnahme von Flüchtlingen in dieser Größenordnung verbundenen Lasten personell, finanziell und unterbringungstechnisch nicht länger bewältigen.

Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein! Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen, davon hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.

Frau/Herr Mandel (PAW)

Sie sind die/der **Vorsitzende der PAW-Fraktion** in der Bezirksversammlung. Sie sind vor einiger Zeit aus der BVD ausgetreten, weil Ihnen die Linie der Partei zu weich wurde. Sie sind erfolgreiche/r Marketing-Berater/in.

Ihrer Meinung nach versagt der Senat im Bereich der Unterbringung komplett. Sie fordern eine schnelle Änderung der Politik.

Für Antragsstellende des westlichen Balkans sollen besondere Aufnahmeeinrichtungen geschaffen werden, in denen sämtliche mit der Bearbeitung von Anträgen und der Vorbereitung und Durchführung von Rückführungen zuständige Behörden und Gerichte untergebracht sind und kooperativ zusammenarbeiten.

Sie sind in der Sache unnachgiebig und zu keinem Kompromiss bereit.

Argumentieren Sie mit kräftigen, deutlichen Worten und machen Sie von den gängigen Klischees über Ausländer/innen Gebrauch. Hüten Sie sich jedoch davor, eindeutig fremdenfeindliche Parolen zu gebrauchen. Sie verstehen sich als Sprachrohr „des einfachen Bürgers bzw. der einfachen Bürgerin und des gesunden Menschenverstandes“ und nicht als Neonazi. Wehren Sie sich gegen derartige Vorwürfe. Machen Sie sich darauf gefasst, dass Sie mit Ihrer Meinung isoliert sind.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Gasse (PAW)

Sie sind pensionierte/r Lehrer/in und haben lange Zeit am humanistischen Gymnasium im Bezirk Katholische Religion und Latein unterrichtet. Sie setzen sich für eine konservative und wertebundene Politik ein – ein Gesellschaftsentwurf, den Sie durch die junge Generation bedroht sehen.

Sie sind grundsätzlich gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft. Sie sind der Meinung, dass die Deutschen seit Jahrhunderten in der abendländischen, christlichen Tradition leben und eben nicht im Morgenland. Mitteleuropa wurde durch das Christentum geprägt, anderen Religionen fehlt Ihrer Meinung nach die historische Berechtigung, so stark in das öffentliche Leben einzugreifen. Sie finden, dass man sich mehr auf die eigenen kulturellen und historischen Wurzeln besinnen sollte!

Hamburg plant derzeit in jedem Bezirk große Erstaufnahmeeinrichtungen mit jeweils ca. 3000 Plätzen. Die Zuwanderung in den aktuellen Größenordnungen wird zu sozialen Spannungen in Hamburg und Deutschland führen. Die Stadt kann die mit der Aufnahme von Flüchtlingen in diesem Umfang verbundenen Lasten personell, finanziell und unterbringungstechnisch nicht länger bewältigen. Die von der Errichtung von Aufnahmeeinrichtungen betroffene Bevölkerung wird nur unzureichend und häufig viel zu kurzfristig informiert. Der Senat versagt komplett im Bereich der Unterbringung der Flüchtlinge!

Sie plädieren dafür, dass Asylbegehrende vorrangig Sachleistungen und keine Geldleistungen erhalten. Auch die Zahlung eines Taschengeldes ist zu überprüfen und auf ein Minimum zu beschränken.

Sie fordern, dass die sich in Hamburg aufhaltenden vollziehbaren Ausreisepflichtigen in einer

Größenordnung von ca. 6000 Personen endlich abgeschoben werden.

Die islamischen Flüchtlinge genießen in der Ausübung ihrer Religion Ihrer Ansicht nach nur ein Gastrecht im Bezirk und sollten das Wohlwollen der einheimischen „Urbevölkerung“ nicht überstrapazieren. Kontakt zu Flüchtlingen haben Sie nie aufgenommen, auch haben Sie keine Bekannten oder Freunde, die selbst Flüchtlinge sind. Sie halten hier gerne Abstand.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Prof. Dr. h. c. Kochel (PAW)

Sie sind freie/r Journalist/in und Autor/in.

Sie sind gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft, weil Sie dadurch die Identität des Bezirks bedroht sehen. Durch Überfremdung gerät Ihrer Meinung nach ein immer größer werdender Teil der Einheimischen in soziale Not. Mieten und Nebenkosten, Steuern und Preise steigen – Einkommen sinken.

Sie vertreten offensiv eine inländerfreundliche Politik und positionieren sich klar gegen Überfremdung und Islamisierung. Eine Flüchtlingsunterkunft würde Ihrer Meinung nach Unruhe in die Stadtgesellschaft bringen und klar ersichtlich einen Machtbeweis der „Fremden“ darstellen. Als weitere Argumente führen Sie das kriminelle Potenzial von Flüchtlingen – besonders Muslimen – und die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt an. Integrationspolitik halten Sie generell für gescheitert.

Sie skizzieren eine akute Bedrohungslage und rufen daher zu einem schnellen und unnachgiebigen Vorgehen auf.

Sie sind das Sprachrohr der Bürgerinitiative: „Flüchtlingsunterkunft – nicht in unserem Bezirk“.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Mitglied der **Fraktion PBS** in der Bezirksversammlung

Als Mitglied einer Fraktion nehmen Sie an der Bezirksversammlung teil. Obwohl Sie hier keine weitergehenden Rechte haben (außer die/der Vorsitzende als Sitzungsleitung), ist Ihre Position als gewählter Vertreter/gewählte Vertreterin des Volks natürlich von besonderem Interesse.

Sie treten bedingungslos für die vollkommene Gleichberechtigung von Deutschen, Migranten und Flüchtlingen ein. Alle, die hier wohnen, sollten die gleichen Rechte haben. Für Sie sind „Nationalstaat“ und „Nationalität“ überholte Kriterien.

Europa erlebt die größte Flüchtlingsbewegung nach dem II. Weltkrieg mit derzeit über 60 Mio. Menschen. Deutschland trägt erhebliche Verantwortung für diese Migrations- und Fluchtbe-

wegung. Die Fluchtverursachenden sitzen auch in den Führungsetagen von deutschen Großunternehmen, Konzernen sowie Waffenschmieden, aber auch in Parlamenten.

Hunderttausende suchen auch in Deutschland und Zehntausende in Hamburg nach einer neuen Zukunft. Der Versuch, die Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU aufzuhalten, ist vorerst gescheitert.

Die Herausforderung durch eine steigende Zahl neu ankommender Flüchtlinge ist natürlich erst einmal groß. Durch eine vorausschauende Politik kann Hamburg sie aber bewältigen. Ein großer Teil der Flüchtlinge ist bisher in – meist auch noch überdimensionierten – Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die oft nicht einmal Mindeststandards gewährleisten und Teilhabe und Integration der Neuankömmlinge erschweren.

**Mischen Sie sich lebhaft in die Diskussion ein!
Es ist wichtig, deutlich Stellung zu beziehen,
davon hängt Ihre Wiederwahl nächstes Jahr ab.**

Frau/Herr Frenzen (PBS)

Sie sind **Vorsitzende/r der Fraktion PBS** in der Bezirksversammlung. Vor einiger Zeit sind Sie bei der PSG ausgeschieden, weil Sie dort Ihre Positionen verwässert sahen.

Geflüchtete werden in Hamburg in Zelten und Baumärkten untergebracht. Ihrer Meinung nach sind Behörden und Senat ziellos, überfordert und wälzen ihre Aufgaben auf die Zivilgesellschaft ab.

Sie lehnen die erneuten Einschränkungen des Asylrechts wie auch die Kriminalisierung der Flüchtlinge entschieden ab. Die damit verbundene beschleunigte Abschiebung, die Verlängerung der Zwangsunterbringung für 6 Monate in Massenunterkünften und die Ersetzung der ohnehin zu geringen Geldleistungen durch Sachleistungen – für Sie ist das alles zutiefst unmenschlich. Sie finden es skandalös, dass der Senat all diese Maßnahmen im Bundesrat unterstützt hat. Daher fordern Sie ihn auf, sich wie Sie aktiv für die Rücknahme der Einschränkungen des Asylrechts einzusetzen. Die Flüchtlingssituation wird zugleich ausgenutzt, um die Absenkung von Standards, Ausnahmen von Auflagen und den Abbau von Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Es ist zutiefst unmenschlich, Flüchtlinge in Krieg und Elend abzuschieben!

Sie vertreten die Ansicht, dass Flüchtlinge wie andere Menschen in Deutschland, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind, zu behandeln sind – dies gilt für alle Lebensbereiche! Sie fordern, dass Menschen nicht dauerhaft in Flüchtlingsunterkünften untergebracht werden. Vielmehr sollten Flüchtlinge sehr schnell privat untergebracht werden können.

Flüchtlinge brauchen zusätzlich Hilfen für ihre Integration: Sprachkurse, Plätze in Kitas und Schulen und eine Förderung bei ihrer Ausbildung.

Sie fordern den Senat auf, in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft, den Bezirken und den

Hilfsorganisationen ein Programm zur Unterbringung, Betreuung, Einbeziehung und Teilhabe der Flüchtlinge in Hamburg zu entwickeln.

Menschen, die nicht ausreichend deutsch sprechen, muss trotzdem die Möglichkeit geboten werden, sich kulturell zu betätigen. Dazu gehört eben auch, die Literatur in ihrer Muttersprache zu beziehen, wenn sie das Bedürfnis danach haben.

Schutzsuchende müssen bedingungslos aufgenommen und vor allem in kleinere Wohnanlagen menschenwürdig auf alle Stadtteile verteilt werden.

Sie wollen eine mögliche Volksinitiative zu Flüchtlingsunterkünften nicht mittragen. Denn Sie sehen die Gefahr, dass die mit dem Verfahren verbundene öffentliche Mobilisierung ein Klima schafft, in dem Geflüchtete und ihre Rechte zum Spielball werden, das Leitbild einer solidarischen Stadt nicht mehr garantiert ist und rechter Populismus weiterbefördert wird. Sie sehen die Gefahr, dass das Begehren auf die Frage nach der Aufnahme der Schutzsuchenden auf ein schlichtes „Ja oder Nein“ reduziert wird.

Argumentieren Sie bedingungslos für die Rechte der Minderheiten und lassen Sie sich nicht auf faule Kompromisse ein.

Meine Ideen zur Rolle

Frau/Herr Bogener (PBS)

Sie vertreten die Ansicht, dass viele Flüchtlinge, die heute nach Hamburg kommen, hierbleiben und Teil der Stadtgesellschaft werden sollen. Ihre Kinder werden hier aufwachsen, zur Schule gehen und eine Ausbildung absolvieren.

Für Sie ist ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine große Chance.

Flüchtlingspolitik ist Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik. Armut spaltet die Gesellschaft und die Flüchtlinge zählen nach ihrer Ankunft in unserer Stadt überwiegend zu den Ärmsten in Hamburg.

Hamburg ist schon heute eine gesplante Stadt. Insbesondere bei den schlecht bezahlten, unsicheren Arbeitsplätzen, auf dem Markt der preisgünstigen Wohnungen werden Flüchtlinge mit den heute schon hier lebenden Menschen konkurrieren. Dies wird Mieten in die Höhe und Löhne nach unten treiben. Einwanderung ist deshalb vor allem eine soziale Frage.

Sie sehen ihre zentrale Aufgabe in der außerparlamentarischen Unterstützung solcher Kämpfe sowie in der Vernetzung von Geflüchteten-Protesten mit anderen sozialen Protesten, welche dieselbe, der kapitalistischen Produktionsweise geschuldete Wurzel haben. Sie stellen folgende Forderungen:

Sie fordern vom Hamburger Senat für alle Flüchtlinge eine menschenwürdige dezentrale Unterbringung in über ganz Hamburg verteilten Wohnungen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Der PSG-HAU-Senat trägt wie seine Vorgänger-Senate die Verantwortung für den Abbau der Kapazitäten für die Unterbringung von Wohnungslosen und das bewusste Unterlassen von ausreichendem sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren. Das führte mit zu der gegenwärtigen katastrophalen Mangelsituation.

Eine völlig falsche Weichenstellung ist aus Ihrer Sicht, die Flüchtlinge in riesengroßen Lagern und anschließend in völlig neuen Siedlungen am Stadtrand unterzubringen. Dies verhindert die schnelle Integration einer großen Anzahl von Menschen und es kann sich kaum eine Nachbarschaft zu den übrigen Bewohner/innen der angrenzenden Stadtteile entwickeln. Dies würde auch für die in den vergangenen Monaten so großartig in Erscheinung getretenen Ehrenamtlichen erheblich weniger Möglichkeiten des Zusammenwirkens eröffnen.

Sie fordern für Flüchtlinge den Zugang zur medizinischen Versorgung im vollen Umfang. Das beinhaltet ausreichende medizinische geschlechtsspezifische und kultursensible Versorgung, therapeutische Einrichtungen, Hilfe, Schwangerschafts- und Mütterberatung, psychotherapeutische Behandlung.

Hamburg braucht daher umgehend eine Aufstockung an finanziellen Mitteln. Räumlichkeiten müssen bereitgestellt sowie ärztliches, therapeutisches und pflegerisches Personal entsprechend finanziert werden, anstatt ehrenamtliches Engagement auszunutzen. Die Zuwendungen für Träger/innen, Beratungseinrichtungen und Behandlungszentren sind entsprechend anzupassen.

Sie treten deswegen als Sofort-Maßnahmen für verbindliche Mindeststandards in den Unterkünften und für deutlich mehr Personal zur medizinischen, sozialpädagogischen und psychologischen Betreuung der Flüchtlinge ein.

Es muss sofort damit begonnen werden, in größerem Umfang Leerstand zu nutzen und nicht genutzte Büro- und Gewerbeflächen in Unterkünfte und Wohnungen umzuwandeln.

Im Mittelpunkt muss aber mittel- und längerfristig die dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen stehen. Hierzu muss ein Mindestanteil beim Sozialwohnungsbau auf 50% bei allen

Flächen und auf 100% bei städtischen Flächen gesichert werden.

Frau/Herr Prof. Schimmelpfennig (PBS)

Meine Ideen zur Rolle

Um eine zügige Integration der Geflüchteten zu gewährleisten, ist das Bildungswesen auszubauen. Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Bildung ist ein Menschenrecht und darf keine Ware sein. Um das zu garantieren, muss das Bildungssystem aus- und umgebaut werden. Die Mängel des Bildungssystems treffen alle, wirken sich aber auf die Flüchtlinge besonders verheerend aus. Wer eine zügige Integration der Geflüchteten will, muss deshalb das Bildungswesen ausbauen.

Sie fordern für die geflüchteten jungen Menschen traumatherapeutische Unterstützung, Ruheräume in ihren Einrichtungen, Zugang von Anfang an zu ganztägiger Bildung und Betreuung, Ausbildung und Studium und fortlaufenden Sprachunterricht. Es müssen zusätzliche Lehrer/-innen eingestellt und die Regelsysteme Kita und Schule im Sinne aller Kinder und Jugendlichen bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Die Flüchtlinge müssen einen Zugang zu Studium und Ausbildungsplätzen auch nach dem 21. Lebensjahr, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus der Eltern, erhalten. Sie fordern, dass es keine Abschiebung aus Schule, Studium oder Ausbildung geben darf.

Weitere Forderungen:

- Anspruch auf vollwertige 10-Stunden-Kita-Gutscheinbetreuung für alle Flüchtlingskinder im entsprechenden Alter
- Koordinatoren zur Begleitung und Umsetzung der Flüchtlingsbeschulung an jeder betroffenen Schule
- bedarfsgerechte Ressourcen für die Flüchtlingsbeschulung an allen Regelleinrichtungen

- Rekrutierung pädagogisch qualifizierten Personals aus der Gemeinschaft der Geflüchteten heraus zur Unterstützung der Beschulung als kulturell/sprachliche Mittler/innen in allen Vorbereitungsklassen
- generelle Mehrfachbesetzung des Unterrichts mit DaZ-Lehrer/innen (Deutsch als Zweitsprache) und sozialpädagogischen Fachkräften in der Flüchtlingsbeschulung sowie durchgängige Doppelbesetzung in der Inklusion in allen Regeleinrichtungen
- konsequente standortnahe Beschulung bei Verteilung auf die Regeleinrichtungen aller Bezirke zur Stärkung echter schulischer Inklusion
- Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung sind auch in Hamburg ein Thema. Unsere Stadt braucht eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die öffentliche Arbeitsplätze schafft. Diese soll Investitionen anregen und so die Nachfrage nach Beschäftigung steigern.
- Die Hamburger Arbeitsmarktpolitik muss sich umgehend auf die Flüchtlinge einstellen. Sie fordern eine sofortige Arbeitserlaubnis für die Flüchtlinge. Die Vorrangprüfung, deren Anwendung bis zum 15. Monat des Aufenthalts angewandt wird, ist sofort abzuschaffen. Die Berufsqualifikationen der Flüchtlinge müssen schneller anerkannt werden. Jobcenter und Agentur für Arbeit müssen eigene Fortbildungs- und Umschulungsangebote schaffen. Ausnahmeregelungen bei Bezahlung, sozialen und rechtlichen Standards darf es nicht geben.

Sie fordern ein sofortiges Ende der Abschottungspolitik der EU und setzen sich für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein. Sozial- und Menschenrechtspolitik muss Priorität haben.

Kapitalinteressen und politisches Kalkül dürfen keine Rolle spielen. Eine humane Flüchtlingspolitik setzt eine solidarische Gesellschaft voraus, im Bezirk, in der Stadt und in Deutschland – dafür setzt sich die PBS ein.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Vertreter/-in des **Ordnungsamts** und der **Polizei**

Frau/Herr Schmetterer

Die Ordnungsbehörde hat, wie die Polizei, die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Sie wird deshalb auch als Verwaltungspolizei oder als Polizei im materiellen Sinne bezeichnet.

Um die Stimmung zu beruhigen, stellen Sie klar, dass Ordnungsamt und Polizei keine gravierenden Probleme mit den Flüchtlingen verzeichnen.

Für Sie sind die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen und ein klares Bekenntnis der/des Bezirksversammlungsvorsitzenden wichtig. Denn wenn sich die Stimmung im Bezirk aufheizt, könnte das gefährlich werden.

Es gibt keine Belege für eine vermehrte Ausländerkriminalität.

Die einzige Auffälligkeit besteht darin, dass tagsüber betrunkene Flüchtlinge unterwegs sind. Aber es gibt tagsüber auch Einheimische mit Alkoholproblemen.

Auch das Gerücht, dass im Stadtpark Drogen durch Flüchtlinge abgegeben würden, bewahrheitet sich nicht.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: Flüchtlinge

Sie leben seit neun Monaten im Bezirk. Da Sie in Ägypten drei Jahre lang Deutsch gelernt haben und es gut sprechen, arbeiten Sie inzwischen freiwillig als Dolmetscher/in in der Erstunterbringungseinrichtung.

Dort beraten Sie andere Geflüchtete in Hinblick auf ihre Rechte und den Fortgang ihres Asylverfahrens. Auch informieren Sie über anstehende Ereignisse im Bezirk und luden z. B. ein zum „Interkulturellen Bezirksfest“. Dieses Fest kam bei allen Beteiligten sehr gut an, denn es war eine schöne Abwechslung im monotonen Alltag.

Der Protest vor dem Bezirksamt hat Sie nachhaltig verstört und verängstigt. Sie dachten, im Bezirk sicher zu sein.

Sie wollen nun die Bezirksversammlung nutzen, um den Gemütszustand der Flüchtlinge darzustellen.

Versuchen Sie das Wort zu ergreifen und den Anwesenden klarzumachen, wofür Sie stehen. Fordern Sie Schutz und eine klare Stellungnahme der Verantwortlichen zu Ihrer Sicherheit. In Absprache mit den Bezirksräten ergreifen Sie heute das Wort in der Bezirksversammlung, um die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge zu schildern.

Sie sollten die Vertreter/innen des Ordnungsamtes und der Polizei fragen, wer Ihre Sicherheit garantiert.

Schildern Sie, wie es den Geflüchteten im Bezirk allgemein geht. Das Leben ist extrem langweilig und eine permanente Unterforderung, da trinken manche eben auch schon mal am Vormittag. Die meisten verlassen den ganzen Tag ihre Unterkunft nicht. Die Leute brauchen dringend irgendeine Art von Beschäftigung und Perspektive.

Die geflüchteten Menschen wünschen sich mehr Kontakt zur einheimischen Bevölkerung. Aber nur wenige Bürger/innen interessieren sich für deren Leben und es gibt kaum Begegnungsmöglichkeiten.

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: **Journalist/in**

Sie heißen Herr/Frau Müller,

sind 52 Jahre alt, verheiratet und haben zwei Kinder. Tätig sind Sie als Journalist/in bei der Lokalzeitung „Bezirks-Depesche“. Sie sind ehrenamtlich tätig im örtlichen Ruderclub.

Ihre Aufgabe ist die Berichterstattung.

Sie sehen die Dinge differenziert und fragen nach, um den Themen auf den Grund zu gehen.

Der geplanten Flüchtlingsunterkunft stehen Sie neutral gegenüber.

Sie verfolgen eine ausgewogene Berichterstattung, Sachverhalte sollen in der gesamten Komplexität erfasst werden. Alle Meinungen sollen repräsentiert werden.

Wahrheitsfindung geht vor Meinungsmache.

Sie wollen eine möglichst umfassende Informationsgewinnung durch gute Kontakte zu allen Beteiligten.

IHR SLOGAN:

„Der mündige Mensch
braucht umfassende objektive
Information!“

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: **Journalist/in**

Sie heißen Herr/Frau Bender,

sind 49 Jahre alt, ledig und Reporter/in für das Boulevardblatt „Bezirks-Abendpost“.

Sie stehen dem Asylbewerberheim neutral bis leicht skeptisch gegenüber. Sie verfolgen eine Berichterstattung, die Aufmerksamkeit erregt. Sachverhalte müssen nicht unbedingt in ihrer Komplexität erfasst werden.

Ihre Aufgabe besteht darin, unter Druck möglichst schnell Zeitungsartikel in einfacher Sprache und mit interessanten Fotos zu aktuellen Entwicklungen zu verfassen.

Ihre Artikel sollen den Bezirk polarisieren. Die Auflage soll steigen.

Sie vertreten die Auffassung, dass spannende Berichterstattung eher Meinungsmache als Abbildung der Realität bedeutet.

Sie scheuen sich nicht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die ungeschönte und ehrliche Meinung der Bürger/innen einzufangen.

IHR SLOGAN:

„Es lebe der Skandal!“

Meine Ideen zur Rolle

Rollenprofil: (Unbeteiligte) **Bürgerin- nen und Bürger**

Sie sind ein/e Bürger/in, die/der noch unvoreingenommen ist und sich informieren möchte.

Sie wollen sich Ihre Meinung bilden.

Sie treffen Ihre Entscheidungen aufgrund von überzeugenden Sachargumenten.

Sie entscheiden sich für bzw. gegen eine Flüchtlingsunterkunft.

Meine Ideen zur Rolle

Literatur- und Materialhinweise (Auswahl)

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (2016):

Zufluchtsgesellschaft Deutschland. 14–15/2016

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (2015): Flucht und Asyl 25/2015, 15.6.2015

BAMF (2016): Minas. Atlas über Migration, Integration, Asyl. 7. Auflage. Herausgegeben vom Bundesministerium des Inneren.

BAMF(2016): BAMF-Kurzanalyse. Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen

BAMF (2014): Das deutsche Asylverfahren – ausführlich erklärt. Zuständigkeiten, Verfahren, Statistiken, Rechtsfolgen

Bertelsmann Stiftung (2016): Grenzsicherung und Reisefreiheit. Was die Bürger von einer europäischen Asyl- und Migrationspolitik erwarten.

Braun-Meier (2015): Einwanderung und Asyl. Die 101 wichtigsten Fragen. München

Braun-Meier, Karl-Heinz/Weber, Reinhold(Hrsg.) (2013): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen. Stuttgart

Collier, Paul (2015): Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. Bonn (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1535)

Petrik, Andreas/Rappenglück, Stefan (Hrsg.) (2017): Handbuch Planspiele in der politischen Bildung. Wochenschau-Verlag/Bundeszentrale für politische Bildung (i.E.)

Rappenglück, Stefan (2015): Politik spielerisch erfahren – Planspiele in der politischen Bildung. In: Münch, Ursula/Scherb, Armin/Schröder, Michael/Eisenhart, Walter (Hrsg.): Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert: Herausforderungen, Ziele, Formate. Schwalbach, S. 271–286.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): Jahresgutachten

Studiengesellschaft für Friedensforschung (2016): Denkanstöße Nr. 68/69 „Flüchtlingskrise und „Wir schaffen das“

Studiengesellschaft für Friedensforschung (2015): Denkanstöße zum Thema: Migration – Flucht – Asyl. München

Internet:

<http://www.integrationsbeauftragte.de>
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

<http://www.bamf.de>
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers>

Bundeszentrale für politische Bildung

Hier speziell: Focus Migration

Fakten und Analysen rund um die Zuwanderung. focus Migration bietet aktuelle Zahlen, Daten und Analysen (besonders Länderberichte) zu den Themen Zuwanderung, Flucht und Asyl sowie Integration.

Generelle Informationsquellen Hamburg:

http://www.hamburg.de/fluechtlinge-fragen-antworten/#anker_0

<http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung-standorte/>

<http://www.hamburg.de/fluechtlinge-grundlagen/>

<http://www.hamburg.de/schule-fuer-fluechtlinge/>

<http://wissenschaft.hamburg.de/fluechtlinge/>

<http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung>

Bezirksverwaltungsrecht:

<http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psm1?nid=0&showdoccase=1&doc.id=jlr-BezVwGHA2006rahmen&st=lr>

Beispiel für Bezirksversammlung:

<http://www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona>

<http://www.hamburg.de/hh-hilft/>

Autor

Das Forum Flüchtlings-Netzwerk Hamburg mit wertvollen Tipps, Informationen und Ansprechpartnern

<http://fluechtlingsnetzwerk-hamburg.xobor.de/>

Der gemeinnützige Verein Hanseatic Help e. V. hilft nicht mehr nur den Geflüchteten, sondern versorgt auch Bedürftige in insgesamt etwa 150 Einrichtungen in Hamburg

<https://www.hanseatic-help.org>

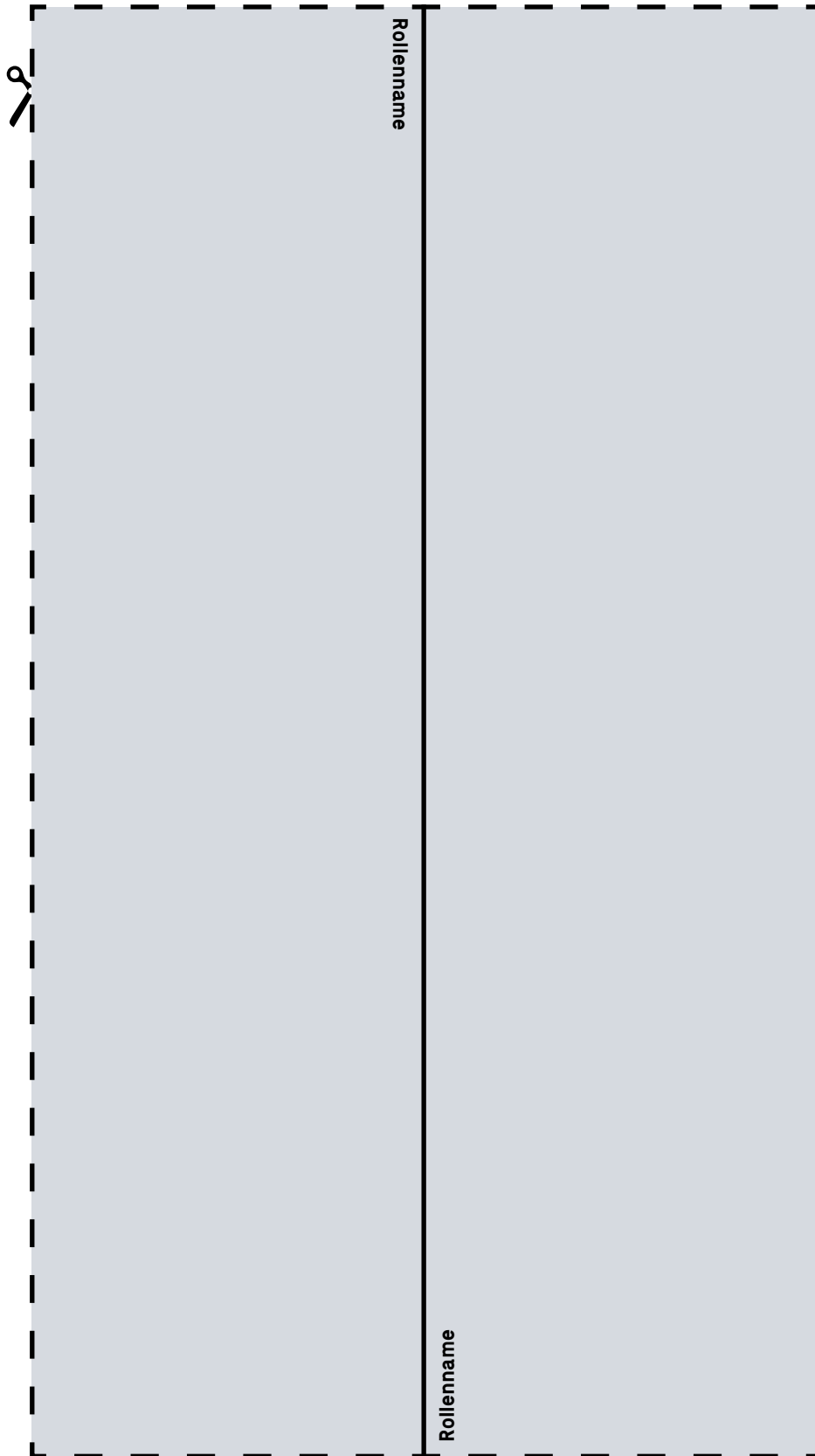
Das WillkommensABC ist ein Bildwörterbuch, das Flüchtlingen einfach, schnell und ansprechend einen ersten Zugang zur deutschen Sprache bieten soll!

<http://www.willkommensabc.de/>

Stefan Rappenglück ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München. Schwerpunkte: Europäische Union, Migration, Planspiele in der politischen Bildung.

Kontakt: stefan.rappenglueck@hm.edu

Kopiervorlage Namensschild



Die **Landeszentrale für politische Bildung Hamburg** ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie arbeitet auf überparteilicher Grundlage. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informati-

onsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 5 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.hamburg.de/politische-bildung werden alle Angebote erfasst.

Die **Büroräume** befinden sich in der Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg; Ladeneingang Dammtorwall 1

Öffnungszeiten des Informationsladens

Montag bis Donnerstag: 12.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Freitag: 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Erreichbarkeit

Telefon: (040) 428 23-48 08

Telefax: (040) 428 23-48 13

E-Mail: PolitischeBildung@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/politische-bildung

Redaktionsschluss: Januar 2018

© Landeszentrale für politische Bildung;
Hamburg 2018

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

Redaktion: Abut Can

Illustrationen: Dr. Birgit Kiupel

Gestaltung und Herstellung: Andrea Orth

Druck: Kauffeldt, Ahrensburg

ISBN: 978-3-946246-14-5

Im Wort „Planspiel“ kommen bereits zwei wichtige Strukturmerkmale der Methode Spielen und Handeln nach einen „Plan“ zum Ausdruck.

So finden im Plan-Spiel gemeinsame Handlungen (Spielzüge), Kommunikation, Teamwork, aber auch Wettbewerb zwischen den einzelnen Teilnehmenden statt.

